

Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 10

Duisburg, den 8. März 1930

31. Jahrgang

Hauptprobleme der Schlichtung

1. Hauptgrundsätze des geltenden Schlichtungsrechts.



Die Hauptgrundsätze des geltenden Schlichtungsrechtes sind in zwei Vorschriften niedergelegt: in § 3 und in § 6 der SchVO. Sie bestimmen Wesen und Zweck der Schlichtung im geltenden Recht.

Der § 3 SchVO. setzt den Schlichtungsbehörden dem Schlichtungsausschuß und dem Schlichter die Aufgabe, Hilfe beim Abschluß von Gesamtvereinbarungen (Tarifvertrag und Betriebsvereinbarung) zu leisten, sofern eine vereinbarte Schlichtungsstelle nicht besteht oder den Abschluß einer Gesamtvereinbarung nicht herbeiführt.

Das Verfahren ist in § 5 der SchVO. geregelt. Es gliedert sich in eine Vorverhandlung, die vor dem Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses oder dem Schlichter stattfindet, und in eine Verhandlung vor einer Kammer, die beim Schlichtungsausschuß aus dem Vorsitzenden und je zwei Beisitzern und beim Schlichter aus ihm und aus Beisitzern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in gleicher Zahl besteht. In der Vor- und in der Kammerverhandlung ist danach zu streben, eine Einigung der Parteien zu erzielen. Gelingt dies nicht, so macht die Kammer den Parteien einen Vorschlag für den Abschluß einer Gesamtvereinbarung. (Schiedsspruch § 5,4 SchVO.)

Der § 6 SchVO. trifft Vorsorge für den Fall, daß ein gefällter Schiedsspruch nicht von beiden Parteien angenommen wird. Er eröffnet die Möglichkeit, den Schiedsspruch für die Parteien trotz ihrer Ablehnung für verbindlich zu erklären und dadurch die Annahme des Schiedsspruches zu erzwingen.

Damit die Schlichtungsbehörde den Parteien sachgemäß Hilfe beim Abschluß eines Tarifvertrages oder einer Betriebsvereinbarung leisten und gegebenenfalls einen sachlich richtigen Vorschlag für den Abschluß einer der Verbindlichkeitserklärung fähigen Gesamtvereinbarung machen kann, ist ein tiefgehender Einblick in die in Betracht kommenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, in die Gesichtspunkte, von denen aus deren Beurteilung zu erfolgen hat, und in die Voraussetzungen für die Zweckmäßigkeit einer Verbindlichkeitserklärung erforderlich.

Tatsachenermittlung und Beweiserbringung, die anzuwendenden Beurteilungsmaßstäbe und die Zweckmäßigkeit des durch die Verbindlichkeitserklärung ausgeübten Zwanges sind Fragen von ganz besonderer Bedeutung.

Das Schlichtungswesen hat seit seinem Bestehen von Zeit zu Zeit sogenannte Krisen durchgemacht. Je nach dem Stand und der Lage der wirtschaftlichen Verhältnisse ist es scharfen Angriffen sowohl von Arbeitnehmer- als auch von Arbeitgeberseite ausgesetzt gewesen. So auch noch in jüngster Zeit. Daher soll zu den oben dargelegten Fragen, deren Lösung

I.

Wesen und Zweck der Schlichtung bestimmt, im Folgenden beurteilend Stellung genommen werden.

2. Tatbestandsfeststellung und Beurteilungsmaßstäbe im Schlichtungsverfahren.

1. Die Schlichtung greift, soweit es sich um die Gestaltung der Beziehungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern handelt, in das Getriebe der Wirtschaft regelnd und ordnend ein. Sie steht im Dienste der kollektiven Rechtsbildung und sie hat, wenn Arbeitskämpfe angebrochen sind, den Arbeitsfrieden wieder herzustellen. Bei der Festsetzung der Löhne und Gehälter schafft sie die Grundlagen für das materielle und geistige Wohl großer Menschenmassen und zahlreicher Betriebe. Daher gehört es zu den wichtigsten Aufgaben derjenigen, welche die Schlichtung zu vollziehen haben, die Tatbestände, insbesondere die für die Lohn- und Gehaltsfestsetzung in Betracht kommenden genau und eingehend zu erfassen, zu erkennen und sie zu beurteilen. Die Feststellung dieser Tatbestände ist Voraussetzung für die Beurteilung künftiger Entwicklung und damit auch für die zu fallende Entscheidung; sie ist Voraussetzung für den sachgemäßen Ausgleich der Interessen der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber. Diese Tatbestände sind mannigfaltiger Art. Versuchen wir an einem Beispiel uns dies deutlich zu machen.

Stellen wir uns eine Lohnfestsetzung für die Bergbauindustriearbeiter¹, die in der Regel für große Gebiete stattfindet, vor. Sie erfordert eine genaue Kenntnis der derzeitigen Tariflöhne, der tatsächlich gezahlten Löhne und der Lebenshaltungskosten. Sie kann ohne einen Einblick in die technischen Einrichtungen und die damit verbundene Leistungsfähigkeit der Betriebe nicht vorgenommen werden. Die Gesehungskosten und der darin enthaltene Anteil des Lohnes, die Möglichkeit, diese Produktionskosten durch technische Verbesserungen zu vermindern, der Auftragsbestand, die Absatz- und Gewinnmöglichkeiten, die Konkurrenzverhältnisse im Inland gegebenenfalls im Ausland, sind für die Lohngestaltung bedeutungsvoll. Auch die Lohnentwicklung im allgemeinen ist zu berücksichtigen.

Der Bergbau ist eine Schlüsselindustrie, daher darf die Wirkung einer neuen Lohnfestsetzung auf die von dem Bergbau abhängigen Industrien nicht außer acht gelassen werden.

Alle diese Tatbestände sind mehr oder minder eingehend festzustellen. Und was für den Bergbau gilt, hat entsprechende Geltung für die Metallarbeiter.

Die 2. Ausführungsverordnung zur Schlichtungsverordnung gibt in ihrem § 21,2 den behördlichen Schlichtungsstellen die folgende Anweisung: „Die Schlichtungskammer hat durch Anhörung der Parteien die Streitpunkte und die für ihre Beurteilung wesentlichen Verhältnisse klarzustellen. So-

¹ Der Verfasser ist Vorsitzender des staatlichen Schlichtungsausschusses Halle a. d. S., einem Ort mit starker Braunkohlenindustrie.

weil sie es erforderlich hält, kann sie amtliche Auskünfte einholen, den Parteien die Beibringung von Unterlagen aufgeben und Auskunftspersonen hören, falls die Parteien sie stellen." Die Sachaufklärung ist somit von Amts wegen zu beschaffen. Sind die Streitpunkte oder die für die Beurteilung wesentlichen Verhältnisse nicht hinreichend klargestellt, so ist die Verhandlung zu vertagen. (2. Ausführungsverordnung zur Schlichtungsverordnung. § 21,4 S. 3.) Die Schlichtungsbehörde ist befugt, sich den Stoff zur Beurteilung über das unmittelbare Vorbringen der Parteien hinaus durch eigene Untersuchung von Amts wegen zu beschaffen. Es herrscht also im Schlichtungsverfahren nicht allein der Grundsatz des Betriebes von Amts wegen, der zu dem Grundsatz des Parteibetriebes im Gegensatz steht, sondern es hat auch der Untersuchungsgrundsatz oder die Inquisitionsmaxime, deren Gegensatz die Verhandlungsmaxime ist, Geltung.

Die oben angezogene Gesetzesbestimmung (§ 21,2 der zweiten Ausführungsverordnung zur Schlichtungsverordnung) gibt im allgemeinen die Mittel für die Tatsachenfeststellung an: Anhörung der Parteien, Einholung amtlicher Auskünfte, Einforderung entsprechender Unterlagen von den Parteien, Hören von Auskunftspersonen.

Diese Gesetzesbestimmung sagt indessen nichts über das Verfahren, in welchem die Sachaufklärung zu gewinnen ist. Man hat vorgeschlagen, das gerichtliche Beweisverfahren und die gerichtlichen Beweismittel, insbesondere die Beerdigung im Schlichtungsverfahren einzuführen. Ich kann mir von einer derartigen Gestaltung des Ermittlungsverfahrens keinen besonderen Vorteil versprechen. Eine Beerdigung ist nur hinsichtlich von Tatsachen möglich, nicht aber in Ansehung von Beurteilungen, um die es sich in der Hauptsache bei der Schlichtung handelt.

Durch die Einführung des Eides würde eine Ursache für Beunruhigungen und Friedensstörungen gesetzt. Die schon an und für sich unangenehmen Meineidsprozesse würden wahrscheinlich an Zahl sehr zunehmen.

Im übrigen ist das Schlichtungsverfahren ganz anderer Art als das gerichtliche Prozeßverfahren. Dieses ist auf die Feststellung abgestellt, welche Rechtsvorschriften auf vorhandene Streitigkeiten anzuwenden sind; jene zielt auf Gestaltung neuen Rechtes ab und hat dabei die Marktlage einer Industrie und die Bewegung der Lebenshaltungskosten abzuschätzen.

Ich habe in meiner mehr als zehnjährigen Praxis als Vorsitzender des staatlichen Schlichtungsausschusses Halle a. d. S. noch nie das Bedürfnis nach eidlicher Vernehmung der Parteien empfunden. Und die Zahl meiner Schlichtungen, darunter auch solche, die sich weit über die örtliche Zuständigkeit

des Schlichtungsausschusses erstrecken, wie z. B. der in der mitteideutschen Metallindustrie, ist nicht gering. Ich bin immer sehr gut ohne Eid ausgekommen.

Die tatsächlichen Verhältnisse auf Arbeitnehmerseite festzustellen, begegnet keinen großen Schwierigkeiten. Hier handelt es sich im wesentlichen um Feststellungen der Lebenshaltungskosten.

Die Löhne und die Gehälter sind immer durch die wirtschaftliche Lage des Betriebes oder in den meisten Fällen der Betriebe bestimmt. Steht nur ein Betrieb in Frage, so ist die Schwierigkeit nicht so groß. Handelt es sich aber um eine Mehrheit von Betrieben, dann wachsen sie scheinbar ins Ungemessene. Hier muß man sich vor allem deutlich machen, daß man bei Feststellung der wirtschaftlichen Lage nicht die am schlechtesten gehenden Betriebe, was in der Regel natürlich die Arbeitgeber tun, aber auch nicht die am besten stehenden Betriebe, was in der Regel die Arbeitnehmer wollen, zur Grundlage machen darf. Es ist eine mittlere Linie zu ziehen. Dazu gehört allerdings ein ausgebildetes Einfühlungsvermögen in die in Betracht kommenden Verhältnisse.

Ich habe häufiger, um die Unterlagen für einen Schiedsspruch klar zu stellen, Veranlassung gehabt, eine Mehrheit großer Betriebe auf ihre wirtschaftliche Lage hin zu untersuchen. Zu diesem Zweck habe ich eine Kommission aus je einem Arbeitnehmer und einem Arbeitgeberbeisitzer unter meinem Vorsitz gebildet. Jedesmal nach Besichtigung eines Betriebes habe ich eine Beratung angelehrt, in welcher das Gesehene und die gewonnenen Eindrücke durchgesprochen wurden. Man gewann auf diese Weise das Gefühl für das wirtschaftlich Tragbare. Der Schiedsspruch, der auf dieser Grundlage gefällt wurde, erwies sich jedesmal als für die Arbeitnehmer noch eben annehmbar und für die Arbeitgeber noch eben tragbar. Das Bedürfnis nach einer Beerdigung hat sich nie eingestellt.

Die Arbeitgeber haben selbst ein Interesse daran, die Seele des Vorsitzenden, wie man sich auszudrücken pflegt, für sich zu gewinnen. Sie geben daher bereitwillig alle Auskünfte; sie verlangen indessen, daß Dinge, die ihnen besonders eigen und die für sie Geschäftsgeheimnisse sind, besonders behandelt werden. Diesem Verlangen ist so weit wie eben möglich zu entsprechen. Weigert sich der Arbeitgeber bestimmte Auskünfte zu geben, so zieht man daraus seine Schlüsse aus diesem Verhalten.

Die Hauptsache natürlich ist, daß der Schlichtende gute allgemeine Kenntnisse der wirtschaftlichen Verhältnisse besitzt und ein feines Beurteilungsvermögen ihn eignet.

(Fortsetzung folgt.)

Prof. Dr. Joerges-Halle.

Kritisches zur Lohnerhebung in der Metallindustrie

II.



Die Gewerkschaften werden nunmehr der schärferen Erfassung des Akkordwesens im Tarifvertrag ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden haben. Andererseits wird die Hauptarbeit nach wie vor im Betriebe liegen und Arbeiterschaft wie Betriebsrat der Akkordfrage größte Beachtung schenken müssen. Hier wirklich praktische Arbeit zu leisten, bringt der Arbeiterschaft mehr Erfolg ein, als manche überflüssige Politisierung und Demonstration. Da der Lebenshaltungsindex im Oktober 1928 auf 152,7 stand, der Stücklohnindex aber nur auf 140, ist demnach bei der Klasse der Akkordarbeiter selbst dieser unvollständige und sehr zweifelhafte Lebenshaltungsindex nicht erreicht. Rechnet man dann noch die langen Perioden der Arbeitslosigkeit hinzu, so braucht man sich über die geringe Kaufkraft in der Arbeiterschaft und die damit verbundene Wirtschaftsstokung nicht zu wundern. Die Rationalisierung, die in Deutschland schon nicht mehr planmäßig, sondern mit Fanatismus betrieben wird, hat nicht zu einer relativen Steigerung der Verdienste geführt, sondern trotz größerer Leistungen und teilweise Verdreifachung der

Produktion, zu einer relativen Minderung. Eine solche sinnwidrige Rationalisierung muß naturgemäß zu einer Steigerung und Hochhaltung der Arbeitslosigkeit führen, da der Vermehrung der Gütererzeugung weder eine vermehrte Kaufkraft der breiten Schichten gegenübersteht, noch wie bekannt, durch Preisabbau eine gesteigerte Absatzmöglichkeit herbeigeführt wird. Gegen diese Art von Rationalisierung müssen wir einen verschärften Kampf aufnehmen, denn sie wird unserem gesamten Volke zum Verhängnis.

Von Einfluß auf den Reallohn sind aber auch, wie bereits aus einer der oben wiedergegebenen Statistiken hervorgeht, die gesetzlichen Abzüge von Steuern und Sozialbeiträgen.

Für die Beurteilung der Einkommensverhältnisse der Arbeiter sind die gesetzlichen Abzüge vom Bruttowochenverdienst von Wichtigkeit. Durch die Erhebung sind die Abzüge an Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträgen der Arbeitnehmer einzeln für jeden erfaßten Arbeiter festgestellt worden. Die daraus für die einzelnen Arbeitergruppen ermittelten Durchschnittsbeiträge werden nachstehend den durch der

sondere Umfrage in allen Erhebungsorten festgestellten Beträgen für 1913/14 gegenübergestellt:

Arbeitergruppe*) Lohn und Lohnform	Dem Bruttoverdienst entziehen in v. H. auf		Abzüge insgesamt			
	Lohn (Einkommen) Steuer	Sozialversicherungsbeitr. d. Arbeitnehm.	1913/14 Okt. 1928	1913/14 Okt. 1928		
Sacharbeiter im Zeitlohn	3,2	3,4	3,5	7,5	6,7	10,9
Sacharbeiter im Stücklohn	3,7	3,7	3,0	7,6	6,7	11,3
Angel. Arbeiter im Zeitlohn	2,6	2,5	3,8	8,0	6,4	10,5
Angel. Arbeiter im Stücklohn	3,6	3,2	3,3	7,5	6,9	10,7
Silfsarbeiter im Zeitlohn	2,2	2,2	3,9	8,2	6,1	10,4
Silfsarbeiter im Stücklohn	3,0	2,9	3,7	7,9	6,7	10,8

*) In sämtlichen Gruppen Arbeiter über 21 Jahre.

Durchschnittlich beanspruchten demnach die gesetzlichen Abzüge für Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitnehmer vor dem Krieg 6,1 bis 6,9 v. H., im Oktober 1928 dagegen 10,4 bis 11,3 v. H. des Bruttowochenverdienstes.

Die steuerliche Belastung durch direkte Steuern ist demnach im Durchschnitt nicht höher als in der Vorkriegszeit. (Die Belastung durch indirekte Steuern festzustellen, lag natürlich nicht im Aufgabenkreis dieser Erhebung. Doch ist im Zusammenhang damit auf das Ausmaß der indirekten Besteuerung beispielsweise hinzuweisen, daß die kürzlichen Tarifserhöhungen in Berlin, auf eine vierköpfige, im Erwerb stehende Familie berechnet, im Jahre 150,36 RM ausmacht. Ein schönes Weihnachtsgeschenk der sozialistischen und kommunistischen Mehrheit der Reichshauptstadt! Da diese Mehrbelastung des Haushaltes zur Schuldentilgung verwendet wird, und nicht für Arbeitsbeschaffung, muß hierdurch natürlich die Arbeitslosigkeit verstärkt werden.)

Eine empfindliche Steigerung erfuhren die Sozialbeiträge. Ihr würden allerdings auch materielle Vorteile der Versicherten in Notzeiten gegenüberstehen, wenn diese Notzeiten heute nicht größeren Umfang und sich nicht vervielfacht hätten und deshalb nicht zugunsten der Steigerung des Reallohnes wirksam werden.

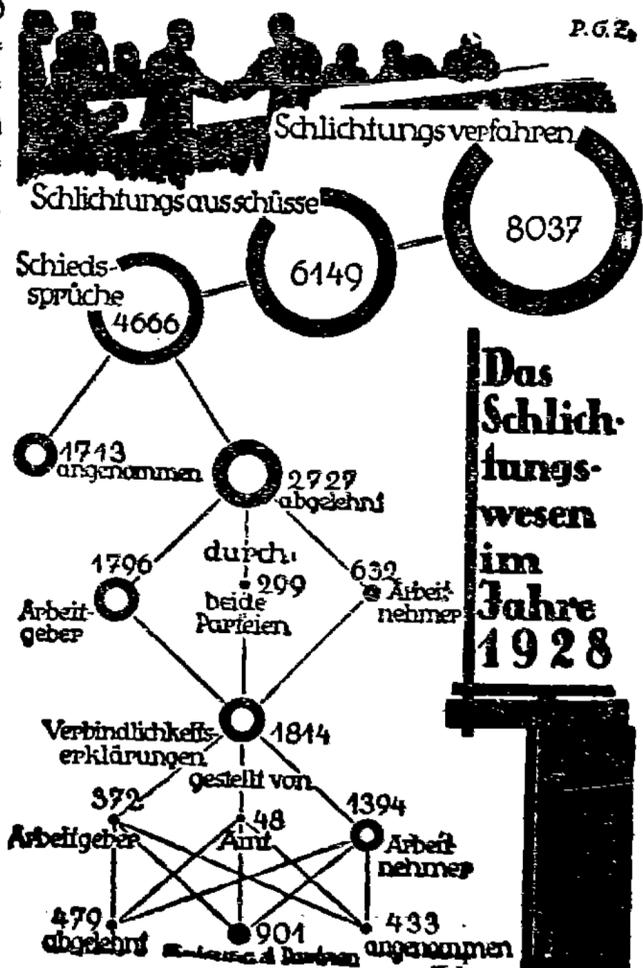
Die Erhebung gliedert dann noch die einzelnen Zweige der metallverarbeitenden Industrie und zeigt interessante Dienstunterschiede zwischen den einzelnen Industriezweigen. Desgleichen gibt die Erhebung eine Darstellung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeiten und der tatsächlich geleisteten Ueberstundenarbeit. Sie zu würdigen wird ebenfalls Aufgabe einer selbstbewußten Tarifvertragspolitik sein. Bei aller Kritik darf eines nicht verkannt werden. Würden in ausländischen Konkurrenzländern, wie Frankreich, Italien, Tschechoslowakei, Rußland usw. — also Ländern, die ebenfalls einen Währungszerfall durchmachten — ähnliche Erhebungen veranstaltet, so würde sich nach unseren eigenen Feststellungen ein viel ungünstigeres Bild der Verdienstentwicklung zeigen, als in Deutschland. Daß trotz des Währungszerfalls und trotz der Massenarbeitslosigkeit in der kurzen Spanne von fünf Jahren die dargelegten Lohnergebnisse erzielt werden konnten, und die Arbeiterschaft nicht der Verelendung anheimfiel, ist das unbestrittene Verdienst der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Das Unternehmertum zog an einem anderen Strang! Die Befriedigung über den Erfolg darf aber die Erkenntnis nicht ausschließen, welche gewaltigen lohnpolitischen Aufgaben den Arbeiterorganisationen noch harren, und daß für die Arbeiterschaft ein verstärkter Zusammenschluß eine Lebensnotwendigkeit darstellt.

H. Kreil.

Das Schlichtungswesen im Jahre 1928



Die Ergebnisse der deutschen Schlichtungsstatistik für 1928 werden jetzt im Reichsarbeitsblatt Nr. 3/1930 veröffentlicht. Aus der Fülle des vorliegenden Materials greifen wir die am meisten interessierenden Ergebnisse heraus. Im Jahre 1928 wurden von den Schlichtungsausschüssen 7548 Schlichtungsverfahren und von den ständigen sowie den vom Reichsarbeitsminister bestellten besonderen Schlichtern (381 und 108) 489, zusammen 8037 Schlichtungsverfahren erledigt. Gegenüber 1927 ist hier ein erfreulicher Rückgang von 244 und 145 gleich 389 Schlichtungsverfahren zu verzeichnen. Von den 7548 Schlichtungsverfahren wurden 594 vor der Vorverhandlung, 922 im Vorverfahren, 5780 im Verfahren vor der Schlichtungskammer und 252 auf andere Weise erledigt. In den 7548 sind 68 enthalten, in denen ein wiederholtes Verfahren stattfand. Erledigt wurden ferner von den 489 Schlichtungsverfahren der ständigen und der vom Reichsarbeitsminister besonders bestellten Schlichter 6



vor der Vorverhandlung, 85 im Vorverfahren, 369 im Verfahren vor der Schlichtungskammer und 29 auf andere Weise. In 5780 vor der Kammer der Schlichtungsausschüsse verhandelten Fällen wurden 786 durch Einigung, 4365 durch Schiedsspruch und 629 auf andere Weise geregelt. Der Schlichter erledigte von den 369 vor Schlichtungskammern verhandelten Fällen 65 durch Einigung, 301 durch Schiedsspruch und drei auf andere Weise. — Von den 4365 Schiedssprüchen der Schlichtungsausschüsse waren 223 kraft Gesetzes bindend. Von beiden Seiten angenommen wurden 1603 Schiedssprüche; abgelehnt wurden im ganzen von den Streitenden 2539, und zwar 1694 Schiedssprüche nur von den Arbeitgebern, 582 nur von den Arbeitnehmern, 263 von beiden Seiten. Von den 301 vor Schlichtungskammern verhandelten Fällen waren 3 kraft Gesetzes bindend, während 110 von beiden Seiten angenommen wurden; abgelehnt wurden im ganzen von den Streitenden 188, und zwar 102 nur von den Arbeitgebern, 50 nur von Arbeitnehmern und 36 von beiden Seiten.

Durch die ständigen Schlichter wurden 1656 und durch den Reichsarbeitsminister 158, zusammen 1814 Anträge auf Verbindlichkeitserklärung erledigt. 46 dieser Anträge regelten sich vor Eintritt in Verhandlungen und in 771 Fällen einigten sich die Parteien vor der über den Antrag verhandelnden Behörde. 84 weitere Fälle erledigten sich nach Verhandlung außerhalb des Verfahrens. Dem Antrage auf Verbindlichkeitserklärung wurde in 434 Fällen gleich 23,93 Prozent stattgegeben, in 479 gleich 26,41 Prozent wurde er dagegen abgelehnt. Die Anträge auf Verbindlichkeitserklärung betreffen im einzelnen:

- 1213 Lohn und Gehalt,
- 61 Arbeitszeit,
- 42 sonstige Arbeitsbedingungen,
- 50 Lohn oder Gehalt und Arbeitszeit,
- 41 Lohn oder Gehalt und sonstige Arbeitsbedingungen,
- 71 Arbeitszeit und sonstige Arbeitsbedingungen,
- 336 Lohn oder Gehalt, Arbeitszeit und sonstige Arbeitsbedingungen.

Außerordentlich interessant ist die Tatsache, daß von den 181 Anträgen auf Verbindlichkeitserklärung 372 auf Antrag der Arbeitgeber und 1394 auf Antrag der Arbeitnehmer eingeleitet wurden, während in 48 Fällen der Antrag von Amts wegen gestellt wurde. Beachtlich ist, daß die Arbeitgeber also in einer größeren Anzahl von Fällen an der Verbindlichkeitserklärung interessiert waren. Diesen Umstand mögen die Arbeitgeber berücksichtigen, wenn sie vom sogenannten „Zwangstarif“ sprechen, was sie bisher äußerst gern getan haben.

In 1538 Fällen betraf der Streit Arbeiter, in 254 Fällen Angestellte und in 22 Fällen Arbeiter und Angestellte. Hier muß als ein außerordentlich fühlbarer Mangel angeführt werden, daß immer nur — genau wie bei der Tarifstatistik — von Angestellten und Arbeitern schlechthin gesprochen wird. Unseres Erachtens ist eine Aufstellung nach ungelernten, angelernten und gelernten Arbeitern einerseits und nach technischen und kaufmännischen usw. Angestellten andererseits unumgänglich. Auf diese Weise würde man auch erfahren, welche Berufe am meisten durch Schlichtungsverfahren betroffen werden. Hoffentlich ist die Aufstellung, wie vorstehend beschrieben, durch das Reichsarbeitsministerium bei der in Aussicht gestellten weiteren Ausgestaltung der Schlichtungsstatistik berücksichtigt.

Von den im Jahre 1928 gestellten Anträgen auf Verbindlichkeitserklärung wurden 479 Anträge abgelehnt. Diese Tatsache beweist, wie vorsichtig die Schlichtungsbehörden entscheiden; denn diese Ziffer übersteigt die Zahl der verbindlich erklärten Schiedsprüche (434). In 51 Fällen wurde ein neues Schlichtungsverfahren eingeleitet, in 124 Fällen einigten sich nachträglich die Streitparteien auf neuer Grundlage, in 13 Fällen erfolgte eine nachträgliche Einigung auf der Grundlage des Schiedspruches, in 14 Fällen wurde nach Ar-

beitskampf eine neue Vereinbarung zwischen den Streitparteien getroffen, in drei Fällen wurde nach Arbeitskampf ein neues Schlichtungsverfahren eingeleitet und der in diesem gefällte Schiedspruch verbindlich erklärt. In drei Fällen wurde nach Arbeitskampf der Schiedspruch angenommen, in fünf Fällen wurden die Betriebe stillgelegt, während in 266 Fällen ein tarifvertragsloser Zustand eintrat.

Wie aus einer vorliegenden Statistik betreffend die Entwicklung des Schlichtungswesens in den Jahren 1924 bis 1928 hervorgeht, wurden 1924 insgesamt 16 480 gegenüber 7548 Schlichtungsverfahren im Jahre 1928 von den Schlichtungsausschüssen erledigt: die entsprechenden Zahlen der von den Schlichtern erledigten Fälle sind 2095 und 489. Der große Rückgang in der Anzahl der Streitfachen gegenüber 1924 kann als ein erfreuliches Zeichen angesehen werden, wobei allerdings nicht unberücksichtigt bleiben darf, daß in der Zwischenzeit eine große Anzahl von kleineren Verträgen zu Bezirksverträgen umgewandelt wurden.

Es mutet eigenartig an, erst 13 Monate nach Ablauf des Berichtsjahres Genaueres über das Schlichtungswesen zu erfahren. Wie bei der Tarifstatistik muß auch hier eine Bearbeitungsdauer durch das Reichsarbeitsministerium festgestellt werden, die durch nichts begründet ist. Im allgemeinen Interesse müßte verlangt werden können, die Statistik nicht nur alljährlich, sondern längstens alle halbe Jahre erscheinen zu lassen, und zwar unmittelbar nach Ablauf der Berichtszeit. Weiter müssen wir das schon des öfteren festgestellte Fehlen der Zahlen für die von den Verbindlichkeitserklärungen erfaßten Arbeitnehmer bemängeln. Wir erwarten vom Reichsarbeitsministerium, daß es bei der Ausgestaltung der Schlichtungsstatistik auch diesem berechtigten Wunsch Rechnung trägt, damit die Statistik den ihr zukommenden Wert erhält.
Bkl.

Drei viertel Millionen Mark Barerfolg

Unsere Rechtsschutztätigkeit im Jahre 1929



Die Rechtsschutztätigkeit ist eines der gewerkschaftlichen Aufgabengebiete, das einen großen Aufwand an Zeit und Arbeitskraft in Anspruch nimmt, ohne daß diese Tätigkeit nach außen groß in Erscheinung tritt. Manchem Arbeitskollegen wurde geholfen, manchem wurde sein Recht erstritten. Manche Not wurde gelindert, manche Träne dadurch getrocknet.

In den letzten Jahren hat die Rechtsschutztätigkeit im Verbandsgebiet stetig zugenommen. Seit dem Jahre 1920 zeigt sich folgende Entwicklung:

Jahr:	Auskünfte:	Schriftsätze:	Termine:
1920 und 21	50 287	27 009	8310
1922	69 427	22 185	7737
1923	49 674	12 846	7595
1924	36 567	12 200	5450
1925	55 536	22 814	7319
1926	62 946	26 539	8123
1927	49 493	20 391	6086
1928	53 251	21 731	6401
1929	70 634	29 396	9172

Im einzelnen gestaltet sich die Rechtsschutztätigkeit wie folgt:

Rechtsgebiet:	Auskünfte:	Schriftsätze:	Termine:
Arbeitsvertrag	19 426	6 399	4 186
Betriebsrätewesen	5 190	1 351	463
Krankenversicherung	5 684	1 526	427
Unfallversicherung	3 380	2 316	844
Invalidentversicherung	3 703	1 685	455
Knappschaftswesen	941	321	95
Angestelltenversicherung	357	227	4
Militärversorgung	659	362	77
Kriegs- und Besatzungsschäden	189	93	10

Erwerbslosenfürsorge	12 161	3 382	1 266
Fürsorgepflicht VO.	3 041	1 191	308
Steuerfachen	7 012	6 140	171
Mietsstreitigkeiten	2 201	1 187	284
Zivilprozeß	1 697	774	216
Sonstiges	4 993	2 442	366
	70 634	29 396	9 172

Es endeten:

Mit vollem Erfolg	17 645	Fälle
Mit teilweisem Erfolg	9 846	"
Ohne Erfolg	4 981	"

Finanzieller Erfolg:

Reichsmark	699 721,33	RM
Französische Frs.: 266 686,94	=	44 447,79
Danziger Gulden: 31 600	=	25 280,—
		769 449,12

Eine ganz bedeutende Steigerung ist bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag eingetreten. Die Zahl der Auskünfte stieg hier von 13 241 auf 19 426, die Zahl der Schriftsätze von 4386 auf 6399 und die Zahl der wahrgenommenen Termine von 2260 auf 4186. Ueberaus stark gestiegen ist der Rechtsschutz auf dem Gebiete der Erwerbslosenversicherung. Die Zahl der Auskünfte stieg hier von 7274 auf 12 161, die Zahl der angefertigten Schriftsätze stieg von 2141 auf 3382. Die Zahl der wahrgenommenen Termine erhöhte sich von 873 auf 1266.

Die aufgewandte Mühe war nicht vergebens. Mehr als dreiviertel Millionen Reichsmark Barerfolg sind erstritten. Nicht gerechnet sind die für die Zukunft weiterlaufenden Renten, die erstritten wurden.

Der Barerfolg ist ebenfalls stetig gestiegen. Er betrug 1927: 533 096 RM und stieg 1928 auf 754 046,71 RM und beläuft sich jetzt auf 769 449,12 RM. Das sind in drei Jahren mehr als zwei Millionen Reichsmark.
Pelster.

Zwei weitere Stahlbilanzen

Krupp und Mitteldeutsche Stahlwerke

Nachdem die Vereinigten Stahlwerke ihren Geschäftsabschluss vorgelegt haben, ist nun auch ein solcher von den Mitteldeutschen Stahlwerken und von der Fa. Friedrich Krupp AG. Essen vorgelegt worden. Wir lassen folgende wichtige Daten folgen:

Mitteldeutsche Stahlwerke.

Die Braunkohlenförderung stieg von 1 567 080 Tonnen im Vorjahre auf 1 843 308 Tonnen. Die Bricketterzeugung steigerte sich von 305 044 Tonnen auf 389 161 Tonnen.

Die Stromerzeugung steigerte sich ebenfalls von 121 548 260 auf 149 678 200 Kilowattstunden.

Die Rohstahlproduktion erhöhte sich von 477 511 Tonnen auf 538 167 Tonnen.

Der Umsatz betrug im Vorjahre 105 466 989 RM und konnte im letzten Geschäftsjahre auf 121 312 453 RM gesteigert werden. Davon entfallen auf den Umsatz im eigenen Werke 13 790 943 RM gegenüber 13 159 268 RM im Vorjahre.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ging leicht zurück, wogegen die Zahl der Angestellten sich leicht erhöhte. Die Belegschaft betrug am Ende des Geschäftsjahres:

	Ende 1928	Ende 1929
Arbeiter	10 034	9834
Angestellte	1 183	1210

Das finanzielle Ergebnis gestaltete sich ebenfalls besser als im Vorjahre. Rohgewinn einschließlich 201 172,62 RM Vortrag 13 065 198,42 RM. Abschreibungen betragen 3,8 Millionen Reichsmark (i. V. 3,6). Der Reingewinn stieg von 3 790 708 RM auf 4 355 347 RM. Auf Grund dessen erhöhte sich die Dividende von 7 auf 8%.

Das Endergebnis ist: bedeutende Produktionssteigerung, Steigerung des Umsatzes. Erhöhter Reingewinn und höhere Dividende auf der einen Seite — und Verminderung der Arbeiterzahl auf der anderen Seite.

Friedrich Krupp AG. Essen.

Der Jahresabschluss der Friedrich Krupp AG. Essen ist ebenfalls günstiger als im Vorjahre, wenn auch eine Dividende nicht zur Ausschüttung gelangt. Alle Mittel werden dem Werke belassen. Der Jahresabschluss zeigt stärkste Selbstfinanzierung.

Die Produktion gestaltete sich wie folgt:

	Geschäftsjahr 1913/14	1927/28	1928/29
	in Tonnen		
Kohlenförderung	7 599 234	7 907 299	8 001 543
Kokserzeugung	2 307 366	2 613 287	2 500 658
Roheisenerzeugung	1 285 172	1 359 417	1 292 440
Rohstahlerzeugung	1 493 608	1 722 854	1 587 332
Walzwerkserzeugung	833 970	1 262 876	1 159 524
Erzförderung der Siegf. u. Lahngruben	1 064 055	856 765	745 261

Der Bericht hebt hervor, daß die Produktion hinter der des Vorjahres zurückgeblieben ist. Demgegenüber sei darauf hingewiesen, daß das Ergebnis durch die große Aussperrung im November 1928 stark beeinflusst ist. Wäre die Produktion hierdurch nicht gehemmt worden, so wären die Vorjahresziffern bestimmt erreicht, ja zum Teil sogar übertroffen worden.

In das abgelaufene Geschäftsjahr fällt die Inbetriebnahme des neuen Hochofenwerkes in Essen-Borbed.

Im allgemeinen war die Beschäftigung der Hüttenbetriebe nicht restlos befriedigend. Dagegen kann das Ergebnis der Maschinenbaubetriebe als zufriedenstellend bezeichnet werden. Die Beschäftigung war in den einzelnen Betrieben gut.

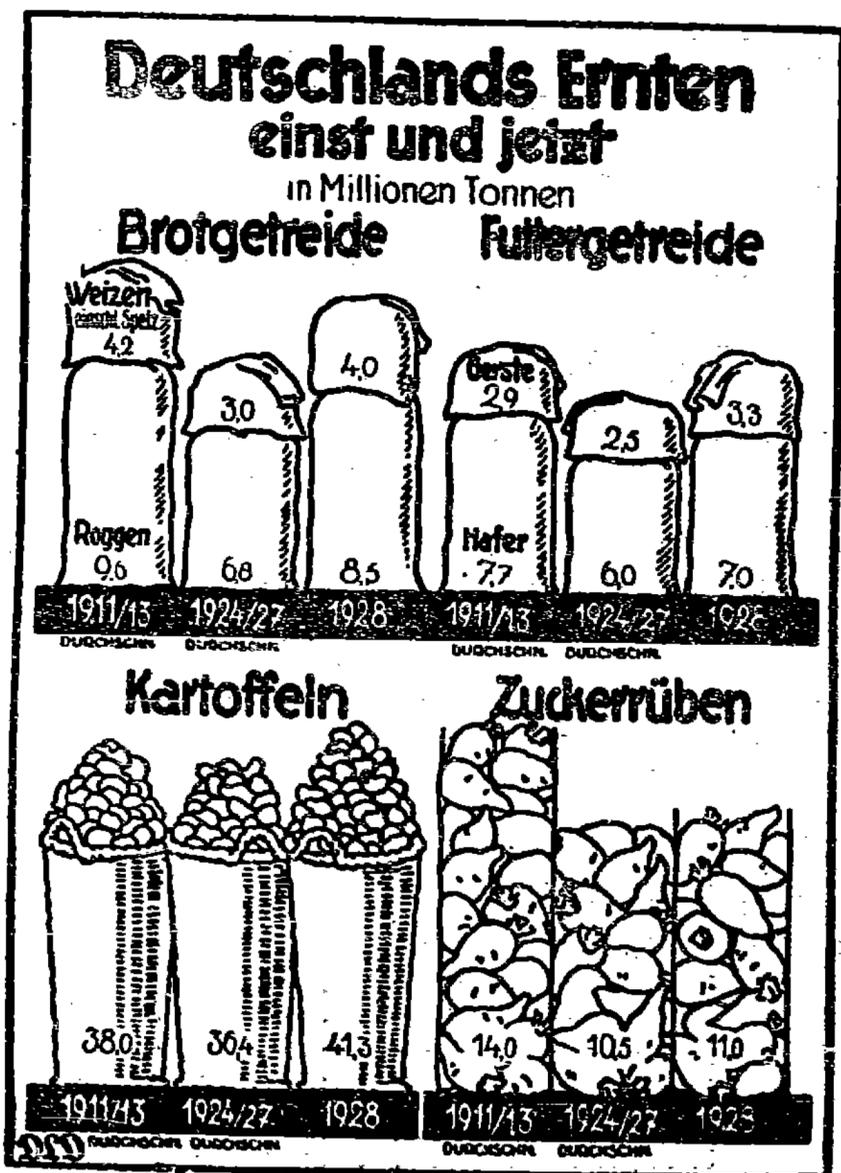
Das finanzielle Ergebnis gestaltete sich auch bei der Firma Krupp besser als im Vorjahre.

Der Betriebsüberschuss erhöhte sich von 50,75 auf 52,2 Millionen Reichsmark. Hinzu kommen noch verschiedene Einnahmen aus Zinsen, Beteiligungen etc. mit 6,94 Millionen Reichsmark (im Vorjahre 3,66 Millionen Reichsmark), sowie der Vortrag auf neue Rechnung in Höhe von 4,01 Millionen Reichsmark.

An Abschreibungen sind 13,86 Millionen Reichsmark (im Vorjahre 10,73) abgebucht. Als Sonderabschreibung wurden weitere 9 Millionen Reichsmark, welche im vorigen Jahre hierfür zurückgestellt wurden, verbucht. Diese Sonderrücklage wurde in der gleichen Höhe wieder aufgefüllt. An Steuern wurden 15,62 Millionen Reichsmark entrichtet. An Beiträgen für Sozialversicherung für Arbeiter und Angestellte sind 12,02 Millionen Reichsmark ausgewiesen. An freiwilligen Wohlfahrtsausgaben sind 5,31 Millionen Reichsmark verzeichnet. An verschiedenen Ausgaben für Bergschäden, Zinsen, Abschreibung auf Wertpapiere sind 5,25 Millionen Reichsmark aufgewandt, 1,92 Millionen Reichsmark wurden auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Reingewinn des Werkes betrug 6,91 Millionen Reichsmark gegenüber 5,92 Millionen Reichsmark im Vorjahre. Unter Einbeziehung des Vortrages von 4,01 Millionen Reichsmark standen also 10,92 Millionen Reichsmark (im Vorjahre 7,01) zur Verfügung der Generalversammlung. Eine Dividende von 6—7% hätte zur Ausschüttung gelangen können, wenn man nicht vorgezogen hätte, den Betrag von 9 Millionen Reichsmark als Sonderrücklage für spätere Abschreibungen zurückzustellen und den Rest von 1,92 Millionen Reichsmark wieder auf neue Rechnung vorzutragen.

Bezeichnend ist, daß trotz der Errichtung des neuen Hochofenwerkes in Borbed und sonstiger Neubauten, Bilanzposten Grundigentum, Werksanlagen, Werksgeräte und Beförderungsmittel um rund 3 Millionen Reichsmark niedriger sind als im Vorjahre. In der Bilanz sind eingeseht 196,28 Millionen Reichsmark gegen 199,26 Millionen Reichsmark im



Dorjahre. An Anleihen sind in der Bilanz 83,23 Millionen Reichsmark gegen 85,77 Millionen Reichsmark im Vorjahre ausgewiesen. Die ganzen Neubauten sind also aus laufenden eigenen Mitteln bestritten.

Trotzdem die gesamten Werksanlagen durch die steten Erneuerungen, Verbesserungen usw. seit der Stabilisierung um ein Vielfaches im Werte gestiegen sind, ist der Anlagenwert seit der Reichsmarkeröffnungsbilanz nur um rund 8 Millionen Reichsmark höher angelegt. Die Zahl der Werksangehörigen betrug am 30. 9. 29 68 062. In den Tochterunternehmen waren weitere 21 700 Werksangehörige beschäftigt.

Die Firma bezeichnet das Geschäftsergebnis selbst als im allgemeinen zufriedenstellend. Das hindert das Unternehmertum aber nicht nachher darauf hinzuweisen, daß die Rentabilität der Industrie durch die Soziallasten stärkstens beengt werde und Dividenden deshalb oft nicht zur Ausschüttung kommen könnten.

Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr sind relativ günstig. Zum Schluß des Geschäftsjahres lag ein guter Auftragsbestand vor. Das Werk befindet sich in aufsteigender Entwicklung. Der allgemeine Maschinenbau war in den meisten Abteilungen auskömmlich beschäftigt. Pelster.

Umschau

Wilhelm Gutsche †

„Wirket, solange es Tag ist, denn es kommt die Nacht, da niemand mehr wirken kann.“

Am 18. Februar ist der Vorsitzende und Führer der christlich-nationalen Eisenbahnarbeiter und Beamten, Wilhelm Gutsche, in Berlin gestorben.

Geboren am 12. Juli 1879, trat er früh der jungen christlich-nationalen Arbeiterbewegung bei. Zuerst war er in führender Stellung im Gewerkschaftsverein christlicher Bergarbeiter im Saargebiet tätig. Später war er am Aufbau der Eisenbahnerbewegung führend mitbeteiligt und wurde deren erster Vorsitzender.

Raslos und unermüdetlich war er tätig. Sein Grundsatz war: „Wirket, solange es Tag ist, denn es kommt die Nacht, da niemand wirken kann.“

Eben 50 Jahre alt, ist er nun allzufrüh dahingegangen. Sein Andenken bleibt unvergessen.

Daß das Bankgewerbe hinter der Industrie nicht zurückstehen will, ist erklärlich. Die vier großen D-Banken zahlten an ihre Aufsichtsräte:

Deutsche Bank	677 000 RM
Danat-Bank	360 000 „
Dresdner Bank	686 000 „
Disconto-Gesellschaft	600 000 „

Das sind ganz hübsche Summen, die zum größten Teil gespart werden könnten. Aber nein, das will man nicht. Nur aus dem Arbeiter soll es herausgeschunden werden. Die Arbeiterschaft tut gut daran, sich restlos den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Nur dann besteht für sie die Möglichkeit, dem Ansturm des Unternehmertums einen Damm entgegenzusetzen. G. P.

Kriegsopferversorgung und Haushaltsberatung

Zu den bevorstehenden Haushaltsberatungen hat der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener E. V., Berlin NW. 18, dem Deutschen Reichstage eine Eingabe zugehen lassen, worin die den Haushalt berührenden Fragen der Kriegsopferversorgung ausführlich behandelt werden. Die Eingabe bemerkt einleitend, daß der Herr Reichskanzler Müller bei der Abgabe der Regierungserklärung am 28. Juni 1928 zutreffend ausgeführt habe, daß niemand im deutschen Volke den zu Schaden gekommenen Kämpfern des Weltkrieges und ihren Hinterbliebenen das Recht auf eine ausreichende Versorgung verjagen werde. Leider habe die Absicht der Reichsregierung, das Los der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen zu bessern, bisher nicht verwirklicht werden können, es seien hingegen Sparmaßnahmen zur Durchführung gelangt, die im Kreise der Kriegsopfer wegen ihrer Härte und wegen ihrer teilweise rigorosen Anwendung nicht anders als ein planmäßig durchgeführter Versorgungsabbau empfunden haben werden können. Grundsätzlich sei für den neuen Haushaltsplan aus den Erfahrungen des letzten Jahres, so führt die Eingabe weiter aus, die Forderung abzuleiten, daß die bestehenden Rechtsansprüche der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen unter allen Umständen pünktlich befriedigt werden können. Es sei weiter zu fordern, zur Sicherung künftiger Kapitalabfindungen im neuen Haushaltsplan eine besondere Position „Kapitalabfindungen“ aufzunehmen.

Schließlich sei darauf Wert zu legen, daß nicht nur die rechtlichen Ansprüche der Kriegsopfer, sondern in gleicher Weise auch deren moralische Ansprüche durch ausreichende Etatmittel unbedingt sichergestellt würden. Es müßte der Grundsatz herrschend sein, daß die gesamte Kriegsopferversorgung durch den Haushaltsplan gesichert werde und daß namentlich die anerkannte Finanznot des Reiches, vorzüglich hervorgerufen durch die Reparationsverpflichtungen, nicht dazu führt, daß die Wünsche der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen auf den notwendigen Ausbau der Versorgung unerfüllt bleiben. Die Eingabe schildert dann die gegenwärtige soziale Lage der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen und begründet die sich hieraus ergebenden Folgerungen. Das Ziel in der Hinterbliebenenversorgung müsse dahin abgesteckt werden, daß die Rente der Kriegerhinterbliebenen mit dem Maßstabe der sozialen Bedürfnisse gemessen und diesen Bedürfnissen unbedingt angepaßt werde. Dabei sei gleich der Einbau der Zusatzrente in die Grundrente ins Auge zu fassen. Der Streit um die Heilbehandlung für Kriegerhinterbliebene müsse durch die Schaffung eines Rechtsanspruches nun endlich einem Ende entgegengeführt werden. Wichtig sei auch die Sicherstellung der Heilbehandlung für die Hinterbliebenen, die sich durch die Pflege ansteckungsgefährlicher Kriegsbeschädigter selbst infiziert hätten. Für die zur Schulentlassung kommenden Kriegerwaisen müsse besser als bisher gesorgt werden. Die Förderung der Berufsausbildung der Kriegerwaisen sei ein dringliches Gegenwartsproblem, das keinen weiteren Aufschub vertrage. Die Eingabe fordert weiter eine Reform des Schwerbeschädigtengesetzes und des Gesetzes über das Verfahren in Versorgungssachen, eine anderweitige Sorge für die ansteckungsgefährlichen Kriegsbeschädigten, die Streichung der Fristvorschriften des Reichsversorgungsgesetzes, die Einführung von Alterszulagen für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, die Bejeitigung der Kürzungsvorschriften des Reichsversorgungsgesetzes, eine Reform der Kapitalabfindungsbestimmungen, die Klarstellung der Härtevorschriften und die Rückführung der Fürsorge an das Reich.

Geschäftsabschlüsse in der Elektroindustrie

Von drei der größten Elektrofirmen liegen nunmehr die Jahresabschlüsse vor. Trotz allem Gerede von Wirtschaftsnot und Wirtschaftskrise und dem Lamentieren über unerträglichen Druck von Steuer- und Soziallasten zeigt sich ein verhältnismäßig günstiges Bild.

	Siemens-Halske	Siemens-Schuckert	AG.
Vortrag	2 682 182,80	—	—
Rohgewinn	31 053 858,—	38 239 637,23	39,68 Mill.
Reingewinn	18 718 296,21	15 489 086,59	19,17 Mill.
Davon Sonderrücklage	2 500 000,—	3 000 000,—	—
An Aufsichtsratsantenne	538 175,—	409 575,—	—
Dividende (l. Vorjahr)	14% (14%)	10% (10%)	9% (8%)
Vortrag auf neue Rechn.	2 779 474,71	1 230 350,67	3,40 Mill.

G. P.

Was Aufsichtsräte verdienen

Gerade in der letzten Zeit wird von der Wirtschaft wieder gewallt über den unerträglichen Steuerdruck und über die gewaltigen Soziallasten. Man fordert Sparsamkeit, Sparsamkeit und nochmals Sparsamkeit. Aber nur die anderen sollen sparen. Reich, Staat und Kommunen sollen sparen. Die Wirtschaft hat das nicht notwendig. Wenigstens nicht, soweit die Wirtschaftsführer und die zu ihrer Gesellschaftslehre gehörenden Kreise in Frage kommen. Die Wirtschaft will sparen auf Kosten der Arbeiter. Senkung der Löhne, Beschneidung der Akkorde, Kampf der Sozialversicherung ist hier die Parole. Der Arbeiterschaft predigt man Sparen. Dabei reicht der Lohn oft noch nicht mal aus, ein standesgemäßes Leben zu führen. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“, die, sobald es gilt, eine Lanze für das Unternehmertum zu brechen und über die Arbeiterschaft herzufallen stets mit die erste ist, glaubt auch wieder mahnen zu müssen. In Nummer 34 vom 9. Februar 1930 schreibt sie: Man muß dem Volke sagen, was ist. Deutschland lebt über seine Verhältnisse. Es verbraucht mehr als es hat. Also heißt es, sich einrichten, die Ansprüche an das Leben herabschneiden, zu bescheidenen Gewohnheiten zurückkehren —

Sollen denn die breiten Massen der Arbeiterschaft sich noch mehr einrichten, darben sie noch nicht genug?

Daß die Kreise, die stets von Einschränkung, Herabschneidung der Ansprüche an das Leben reden und schreiben, selbst nicht daran denken, dies auch für ihre Person gelten zu lassen, geht aus folgendem hervor:

In Cantone für den Aufsichtsrat zahlten:

Ilse-Bergbau, AG.	139 000 RM
Vereinigte Glasstoff, AG.	680 000 „
Hamburg-Amerika-Linie	444 000 „
Norddeutscher Lloyd	352 000 „
Siemens u. Halske, AG.	538 175 „
Siemens-Schuckert, AG.	409 575 „
J. G. Farbenindustrie	3 200 000 „

Verbandsgebiet

Blankenburg (Satz). Auf unserer Generalversammlung erstattete Kollege Hohmeyer den Tätigkeitsbericht. Daraus konnte ein jeder Kollege ersehen, wie umfangreich die Arbeit des Sekretariats Thale war und welche, teils sehr guten Erfolge für die Mitglieder erzielt werden konnten. Nach diesem Bericht folgte die Vorstandswahl und legte der alte Vorstand seine Ämter nieder. Hierauf übernahm der Kollege Hohmeyer die Wahlleitung und wurden folgende Kollegen in den neuen Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender Plazek, 2. Vorsitzender Ennen, 1. Schriftführer Selter, 2. Schriftführer Trute, Hauptkassierer Klein, 1. Revisor Cloß, 2. Revisor Frede.

Die Gewählten nahmen die Ämter an. Kollege Hohmeyer hielt noch einen kurzen Vortrag über unsere gewerkschaftliche Einstellung. Danach gab der Vorsitzende bekannt, daß am 21., 22. und 23. Februar ein Rollkurzus für die Mitglieder stattfindet. Es werden zwei Kollegen vom Gesamtverband und unser Bezirksleiter sprechen.

In der folgenden Aussprache wurde über die Betriebsratswahl auf den Sätzer Werken gesprochen und wurde beschlossen, eifrigst dort tätig zu sein, um unsere Liste zum Siege zu führen. R. T.

Braunschweig. Die Ortsgruppe Braunschweig hielt am 21. Januar ihre gutbesuchte Generalversammlung ab. In einem Vortrage warf der Referent einen kurzen Rückblick auf die für die Arbeiterschaft wichtigsten Ereignisse des Jahres 1929 und ging dann näher auf das Thema ein: „Unsere kommenden Aufgaben“. Das neue Jahr wird die Arbeiterschaft vor große Aufgaben stellen. Sie muß vor allen Dingen in steter Bereitschaft sein, alle Angriffe des abbaulüsternden Unternehmertums auf die bisher erreichten sozialen Fortschritte abzuwehren und darüber hinaus muß alles getan werden, um einen weiteren Ausbau der sozialen Gesetzgebung und Verbesserung der finanziellen Lage der Arbeiterschaft zu erreichen. Dann folgte der Bericht über Leben und Entwicklung der Ortsgruppe im abgelaufenen Jahre. An Hand einer Zeichnung führte der Berichterstatter die Entwicklung in der Mitgliederbewegung, des Markenumsatzes und des Anteils der 1. Klasse der Versammlung in klarer Weise vor Augen. Vorwärtsgelassen ist die Ortsgruppe im vergangenen Jahre, ein gutes Stückchen sogar; im neuen Jahre muß dieser Fortschritt noch weiter gesteigert werden. Der Vorstand wurde um 2 Sitze erweitert; die alten Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt.

Zum Schluß dankte der Kollege Zender allen Vorstandsmitgliedern, Vertrauensleuten und Mitarbeitern für die im abgelaufenen Jahre geleistete Arbeit. Arbeiten wir, so betonte er besonders, auch in diesem Jahre mit Begeisterung und edler Hingabe an der weiteren Stärkung unseres Verbandes in Braunschweig — es ist Dienst am Aufstieg unseres Standes. Z.

Dillingen (Saar). Wir erlitten durch den Tod des Kollegen Al. S o n e r t, der im besten Mannesalter von 52 Jahren starb, einen schweren Verlust. Lange Jahre gehörte er dem Verbands an und war ein treuer Mitarbeiter. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Dresden. Im Kolpinghaus fand am 25. d. M. die Jahreshauptversammlung der Ortsgruppe statt. Den sehr zahlreich erschienenen Mitgliedern konnte der Vorsitzende, Kollege Siegel, von einer, wenn auch langsam, so doch stetig ansteigenden Mitgliederbewegung berichten. Dem Kassenbericht des Kollegen Willsch, den die Versammlung billigte, schloß sich der besondere Dank des Vorsitzenden an diesen schon jahrzehntelang der Bewegung dienenden Kollegen an. Die Neuwahl des Vorstandes ergab die restlose Wiederwahl der bisherigen Kollegen.

Eine besondere Note gab dem Abend die Anwesenheit unseres 2. Verbandsvorsitzenden, Koll. Karl Schmitz, aus Duisburg. Derselbe berichtete in längeren Ausführungen über die Lage unseres Verbandes und zog Vergleiche zu den Dresdener Verhältnissen. Die knappen, aber umso tiefergründigeren Ausführungen dürften besonders den zahlreich vertretenen jungen Kollegen grundsätzliche Gemeingut über die Kernideen unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung übermittelt haben. In einer längeren Aussprache, an der sich u. a. die Kollegen Bezirksleiter Krumborf (Leipzig), Kartellvorsitzender Waraczewski und Herr Stadtverordneter Müller beteiligten, nahm man Stellung zu dem Vorgetragenen, wünschte freiere Selbstgestaltung der Dresdener Ortsgruppe und weitestete Unterstützung vom Hauptverband. Die Versammlung war ein Beweis für den Geist, der in der zwar kleinen, aber festgefügt Gruppe christlich organisierter Metallarbeiter herrscht.

Kollege Schmitz gab auch seiner Freude über das hier Vorgefundene Ausdruck und versprach im Interesse der Sache weitgehendste Unterstützung. Ein kräftiges Hoch auf den Verband und seine Leitung beschloß den Abend, der, so hoffen die Dresdener christlichen Metallarbeiter, zu einem Wendepunkt in der Gestaltung ihrer Ortsgruppe werden wird. }

Jhr Technikum



zur Vorbereitung zum Techniker, Ingenieur, Betriebsleiter usw. ohne Berufsausbildung sind die selbstunterrichtsbriefe des Systems Karnack

Unterstützung des Selbstunterrichts

durch Teilnahme am Fernunterricht mit Abschlussprüfung vor einer Kommission
Ferner Nachholung versäumter Schulprüfungen (Obersekundarelle, Abiturienten-
examen) durch die Selbstunterrichtsbriefe der Methode Rustin. Ebenso kauf-
männische, fremdsprachliche und musikwissenschaftliche Ausbildung. Bequeme
Monatszahlungen. Berufsberatung und Prospekt kostenlos. Lehrproben zur
Ansicht

Rustinsches Lehrinstitut, Potsdam - Ta. 241.

Harte Zeiten

Charles Dickens.
XXIV.

Und von der Herrin des Hauses lenkten sich die Blicke des Gastes auf das Haus selbst. Nichts, auch nicht der geringste stumme Zeuge verriet hier das Walten einer Frau. Kein kleiner Schmuck, keine, wenn auch noch so alltägliche Verzierung bezeugte den Einfluß weiblichen Geschmacks. Kalt und ungemütlich strahlte das Zimmer in seinem prahlerischen, nicht durch die leiseste Spur einer Frauenhand gemilderten, prohigen Reichtum den Beschauer an. Mr. Bounderby, wie er so inmitten seiner Hausgötter stand, paßte zu ihnen und sie paßten zu ihm.



„Und dies, Sir, ist meine Frau, Frau Bounderby, Tom Gradgrinds älteste Tochter. Lu, ich stelle dir hier Mr. James Sarrhouse vor. Mr. Sarrhouse hat sich der Parteil deines Vaters angeschlossen. Wenn er nicht binnen kurzem sein Kollege ist, so werden wir ihn doch gewiß bald in einem der umliegenden Wahlbezirke nennen hören. Sie

werden bemerken, Mr. Sarrhouse, daß meine Frau bedeutend jünger ist als ich. Was sie in mir sah, als sie mich heiratete, weiß ich nicht; aber sie muß doch was in mir gefunden haben. Sonst hätte sie mich wohl nicht genommen. Meine Frau besitzt übrigens eine Menge Kenntnisse, Sir, staatswissenschaftliche und andere, und wenn Sie sich mit dergleichen vollstopfen wollen, so kann ich Ihnen keinen besseren Ratgeber empfehlen als Lu Bounderby.“

Mr. Sarrhouse konnte sich keinen angenehmen Lehrmeister denken und keinen, von dem er lieber gelernt hätte.

„Wenn Sie sich darauf verstehen, Komplimente zu schneiden, so sind Sie hier Sahn im Korbe, denn Sie haben keinen Konkurrenten,“ sagte

Mr. Bounderby. „Ich bin niemals in der Lage gewesen, die Kunst zu lernen und weiß auf dergleichen nicht zu laufen. Aufrichtig gesagt: Komplimente sind mir ein Greuel. Aber Sie haben eine andere Erziehung genossen als ich. Die meinige war verwünscht aufs Reelle gerichtet. Sie sind ein Gentleman, und ich mache keinen Anspruch darauf, es zu sein. Ich bin Josua Bounderby von Coletown, und das ist mir genug. Aber obgleich gute Manieren, Rang und Stand auf mich keinen Einfluß haben, so ist das bei Lu Bounderby doch vielleicht anders. Sie hat nicht die Vorteile meiner Erziehung gehabt — Sie würden es vielleicht Nachteile nennen, ich nenne es aber Vorteile —, und so wird sich's bei ihr vielleicht der Mühe lohnen.“

„Mr. Bounderby ist ein edles Tier, das, in Freiheit aufgewachsen, seinen Nacken nie unter das Joch des Herkommens gebeugt hat, in welchem ein Alltagsgaul wie ich gehen muß,“ sagte Jem, sich mit einem Lächeln an Luise wendend.

„Ich finde es ganz erklärlich, daß Sie Mr. Bounderby so hohe Achtung zollen,“ entgegnete Luise ruhig.

„Wie soll ich das verstehen!“ dachte Jem, der sich für einen so weltgewandten jungen Mann schmachvoll auf den Sand gesetzt fühlte.

„Wie ich aus dem schließe, was Mr. Bounderby soeben sagte, gedenken Sie sich den öffentlichen Angelegenheiten Ihres Vaterlandes zu widmen,“ fuhr Luise fort, die noch immer in dem ganzen widerspruchsvollen Gemisch von Selbstbeherrschung und augenscheinlicher Befangenheit auf derselben Stelle stand, auf welcher sie ihn begrüßt hatte. „Sie haben sich vorgenommen, der Nation einen Ausweg aus all Ihren Verlegenheiten zu zeigen.“

„Nein, Frau Bounderby, auf Ehre. Ihnen gegenüber möchte ich mich einer solchen Heuchelei nicht schuldig machen,“ erwiderte er lachend. „Ich habe einiges von der Welt gesehen, bin hier und da gewesen und habe gefunden, daß alles wertlos ist — wie es noch jedem gegangen ist, auch wenn es nicht alle eingestehen. Ich habe mich für die Grundsätze Ihres Herrn Vaters entschieden — aber in der Tat nur, weil ich selbst keine habe und weil ich diesen Standpunkt ebenso gut vertreten kann wie jeden anderen.“

„Sie haben gar keine eigenen Ansichten!“ fragte Luise.

Wirtschaftszahlen

Dividenden

	1929	1928
Vereinigte Stahlwerke	6%	6%
Mitteldeutsche Stahlwerke	8%	7%
Kampnagel Eisenwerke Hamburg	10%	10%
Vereinigte Deutsche Nickelwerke, Schwerte	12%	—
Werkzeugmaschinenfabrik „Union“ Chemnitz		
auf Vorzugsaktien	12%	12%
auf Stammaktien	8%	8%
Siemens-Galatz AG	14%	14%
Siemens-Schuckert AG	10%	10%
Sadetal Draht- und Kabelwerke Hannover	8%	8%
Metallwerk Unterweier AG, Friedrich-August-Hütte	8%	8%
Eisenindustrie Menden und Schwerte AG	5 1/2%	9%
Eisenbahnsignalwerke M. Jüdel Stahmer, Bruchsal AG	9%	9%

Konkurse

Jahr	Konkurse	Vergleichsverfahren
1913	12 756	—
1914	10 480	—
1925	10 876	5634
1926	12 238	7834
1927	5 644	1428
1928	8 071	3184
1929	9 957	4956
Januar 1930	1 106	521

Rohisen-, Stahl- und Walzwerksproduktion

Rohisen		Stahl		Walzwerkserzeugnisse	
1930	1929	1930	1929	1930	1929
1 092 206	1 098 380	1 275 023	1 469 614	896 076	1 001 344

Berichtigung

Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller: „Die Rohstahl- und Walzwerkserzeugungsziffer 1929“ (siehe Wirtschaftszahlen in Nr. 7 des Verbandsorgans). Die richtigen Ziffern sind: Rohisen 13 400 767 Tonnen, Rohstahl 16 246 078 Tonnen, Walzwerkserzeugnisse 11 291 968 Tonnen.

Die Ermäßigungen der Diskontsätze in diesem Jahr

Hochvalutarische Länder:	
1. Deutschland	13. 1. 1930 um 1/2% auf 6 1/2%
2. Deutschland	4. 2. 1930 um 1/2% auf 6%
3. Holland	16. 1. 1930 um 1/2% auf 4%
4. London	6. 2. 1930 um 1/2% auf 4 1/2%
5. Neuporf	6. 2. 1930 um 1/2% auf 4%
Länder mit schlechter Valuta:	
Oesterreich	24. 1. 1930 um 1/2% auf 7 1/2%
Ungarn	25. 1. 1930 um 1/2% auf 7%
Polen	30. 1. 1930 um 1/2% auf 8%

„Ich habe nicht die mindeste Vorliebe für die eine oder andere Meinung. Ich versichere Sie, daß ich keiner die geringste Wichtigkeit beilege. Das Resultat der verschiedenen Studien von Langeweile, die ich durchlaufen, ist die Ueberzeugung (wenn Ueberzeugung nicht ein zu kräftiges Wort für das geringe Interesse ist, welches ich der Sache widme), daß der eine Partei standpunkt genau so gut ist wie der andere und genau so viel Nutzen oder Schaden stiften kann. Eine unserer vornehmen englischen Familien führt ein italienisches Motto, welches lautet: „Was sein soll, wird sein.“ Ich halte dies für die einzige große Wahrheit unserer Zeit!“

Diese freche anscheinende Ehrlichkeit in der Unehrllichkeit — ein Laster, das so verderblich, so gefährlich und gewöhnlich ist — schien, wie er bemerkte, einen günstigen Eindruck auf sie zu machen. Er verfolgte den ertungenen Vorteil weiter, indem er in seiner lebenswürdigsten Weise — einer Weise, der sie so viel oder so wenig Bedeutung beilegen konnte wie sie wollte — hinzusetzte: „Die Partei, welche imstande ist, alles in der Welt mit einer Reihe von Einern, Zehnern, Hunderten und Tausenden zu beweisen, scheint mir jedenfalls den meisten Spaß zu versprechen und die besten Aussichten zu bieten, und ich werde zu ihr halten, als ob ich an ihre Lehrtage glaube. Ich bin bereit, für sie ins Feuer zu gehen, und was könnte ich mehr tun, wenn ich wirklich daran glaube?“

„Sie sind ein eigentümlicher Politiker.“ sagte Luise.
„Verzeihen Sie — ich habe nicht einmal das Verdienst.“ entgegnete Mr. Harthouse. „Ich versichere Sie, wenn alle Leute meiner Art ihre adoptierten Stellungen verließen und ausgemustert würden, wären wir die stärkste Partei im Staate.“

Mr. Bounderby, der in Gefahr gewesen war, vor Schweigen zu bersten, mischte sich hier mit dem Vorschlage wieder ins Gespräch, das Mittageffen bis auf halb sieben Uhr zu verschieben, damit er während der Zeit mit Mr. James Harthouse Besuche bei den kinnaberechtigten

Deutscher Großhandelsindex

1913 = 100

	Agrarstoffe	Kolonialwaren	Ind. Rohstoffe und Halbabr.	Industr. Fertigwaren	Gesamtindex
Jahresdurchschnitt					
1924	119,6	131,0	142,0	156,2	137,3
1925	133,0	135,8	140,3	156,7	141,6
1926	129,3	131,5	129,7	149,5	134,4
1927	137,8	129,2	131,9	147,3	137,6
1928	134,3	132,8	134,1	158,6	140,0
Dezember 1929	126,2	115,0	129,3	156,2	134,3
Januar 1930	118,9	116,4	127,8	155,9	131,1

Der deutsche Außenhandel

Monat	Gegenwartswert in Millionen RM. Reiner Warenverkehr			Gegenwartswerte in Millionen RM.						
				Lebensmittel		Rohstoffe		Fertigwaren		
	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Passiv - Aktiv +	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr	Ein- fuhr	Aus- fuhr	
Monats- durchschnitt										
1927	1185,7	900,1	-285,6	360,5	36,7	599,4	217,3	211,6	643,6	
1928	1170,9	1025,1	-145,8	350,3	52,6	603,6	225,3	204,9	725,1	
1929	1120,7	1124,7	+ 4,0	318,2	59,6	600,0	243,8	183,7	819,3	
Jan. 1930	1294,9	1092,3	-202,2	480,9	46,4	634,3	248,7	174,3	795,3	

Der Lebenshaltungsindex

1913-14 = 100

Jahres- durchschnitt	Er- nährung	Bekleidun	Heizung u. Beleuchtg.	Wohnung	Sonstige Bedarf	Gesamt- Index
1924	136,3	173,8	—	53,6	—	127,6
1925	147,8	173,2	—	81,5	—	139,8
1926	144,4	163,6	—	99,9	—	141,2
1927	151,9	158,6	143,8	115,1	183,7	147,6
1928	152,3	170,1	146,4	125,7	187,9	151,7
Dez. 1929	152,5	170,3	152,9	126,7	192,5	152,6
Jan. 1930	150,2	169,8	153,3	126,7	193,0	151,6

Notabilitäten Coketowns und der Umgegend machen könne. Diese Disten- tour wurde gemacht, und nach einer taktvollen Verwendung der Kennt- nisse, die er aus den blauen Büchern gezogen, kehrte Mr. James Harthouse triumphierend, aber mit merklicher Zunahme von Langeweile zurück.

Der Mittagstisch war für vier Personen gedeckt, aber nur drei setzten sich zum Essen. Mr. Bounderby fand während des Mahles Gelegenheit, über den Geschmack der halben Portionen Kal zu sprechen, die er als achtjähriger Knabe in den Straßen gekauft hatte, sowie über das schlechte, hauptsächlich zum Straßenprengen bestimmte Wasser, mit dem er diese Mahlzeiten hinuntergespült. Bei der Suppe und dem Fisch unterhielt er seinen Gast mit der Berechnung, daß er (Bounderby) in seiner Jugend wenigstens drei Pferde in Gestalt von gekochten und geräucherten Würst- chen verzehrt, Erzählungen die jem in seiner matten Weise hin und wieder mit einem „Köstlich!“ beantwortete, die ihn aber wahrscheinlich bestimmt haben würden, sich morgenden Tages wieder auf den Weg nach Jerusalem zu machen, wenn Luise nicht seine Neugier gereizt hätte.

„Gibt es denn gar nichts,“ dachte er, indem er nach ihr hinblickte, wie sie am oberen Ende des Tisches saß, wo ihre jugendliche, schlanke, graziose Gestalt sehr anmutig aussah, aber so wenig an ihrem Plage schien. — „gibt es denn gar nichts, was Leben in dies Gesicht bringen könnte?“

Ja, wahrhaftig, es gab etwas, und es erschien in unerwarteter Ge- stalt! Tom trat ein. Ihr Gesicht veränderte sich, als die Tür aufging, und ein strahlendes Lächeln breitete sich darüber aus.

Ein reizendes Lächeln! Mr. James Harthouse würde aber nicht so viel darauf gegeben haben, wenn ihn nicht vorher die Regungslosigkeit ihres Gesichtes so lange beschäftigt hätte. Sie streckte die Hand aus, eine hübsche, kleine, zarte Hand, und ihre Finger umschlossen die ihres Bruders, als ob sie dieselben an ihre Lippen ziehen wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitsrecht Sozialversicherung

Nummer 4

Duisburg, den 8. März 1930

Nummer 4

Deutschland und die deutsche Sozialpolitik

II.



Die Unfallversicherung entschädigt die Folgen von Betriebsunfällen von Arbeitnehmern in den meisten gewerblichen und in allen landwirtschaftlichen Betrieben. Unter ihrem Schutze stehen auch Unternehmer, besonders in der Landwirtschaft. Sie umfaßte 1928 etwa 957 000 gewerbliche Betriebe mit 11,9 Millionen Versicherten und 4,6 Millionen landwirtschaftliche Betriebe mit etwa 14 Millionen Versicherten, außerdem auch Betriebe des Reiches, der Länder, Gemeinden usw. mit etwa 900 000 Versicherten; insgesamt sind schätzungsweise etwa 27 Millionen Menschen gegen Unfälle versichert. Träger der Unfallversicherung sind 66 gewerbliche, 40 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften und etwa 500 Ausführungsbehörden. Die Zahl der Unfälle, die in der Unfallversicherung gemeldet bzw. entschädigt werden, zeugt beredt von den Gefahren der Arbeit. Hierüber gibt die nachstehende Tabelle Auskunft:

Jahr	Zahl der gemeldeten Unfälle (in Tausend)	Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle (in Tausend)	
		absolut	v. S.
1913	789,4	139,6	17,69
1924	646,0	80,8	12,51
1925	863,5	107,5	12,45
1926	1011,1	126,4	12,50
1927	1315,4	136,0	10,34
1928	1424,6	157,2	13,94

Nach dem Grundsatz: „Vorbeugen ist besser als Heilen“ beschränkt sich die Unfallversicherung nicht darauf, im Falle des Unfalles Renten zu zahlen, sie treibt auch in großem, steigendem Umfange Unfallverhütung. Die Kosten der Unfallversicherung werden ausschließlich von den Unternehmern im Umlageverfahren getragen. Die Höhe der Renten wird nach der Schwere der Verletzung nach Bruchteilen des Jahresdurchschnittslohnes bemessen. Die Gesamteinnahmen der Unfallversicherung betragen 1928 rund 400 Millionen RM, ihre Ausgaben 378 Millionen RM.

Schon sehr frühzeitig hat sich die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß der Bergmann, der mit den gefährlichsten und aufreibendsten Beruf hat, auch eines besonderen Versicherungsschutzes bedarf. Durch das Reichs-Knappschaftsgesetz ist seit dem 1. Januar 1924 die bis dahin bestehende Zersplitterung des Knappschaftswesens beseitigt und ein Versicherungsträger, die Reichsknappschaft, für das ganze Reich geschaffen worden. Die Reichsknappschaft gewährt den Versicherten für den Fall der Bergfertigkeit, d. h. der Berufsunsfähigkeit für den Bergbau, eine besondere Rente, die neben der allgemeinen Invalidenpension bezogen werden kann. Sie umfaßte Anfang 1929 etwa 760 000 Versicherte, denen insgesamt etwa 360 000 Rentenbezieher gegenüberstehen. Auf 2,8 Mitglieder entfällt demnach ein Rentenbezieher, während in der allgemeinen Invalidenversicherung erst auf 7 Mitglieder eine Renteneinheit entfällt. Das Mißverhältnis in der Knappschaftsversicherung erklärt sich aus der wirtschaftlichen Lage des Bergbaues. Diese läßt einerseits die Belegschaftsziffer ständig sinken und hat andererseits eine steigende Anzahl von Anträgen auf Ruhegeld zur Folge. Die Einnahmen der Reichsknappschaft betragen 1928 insgesamt 230 Millionen RM, die zum allergrößten Teil aus den Beiträgen stammen. Die Versicherten tragen $\frac{3}{5}$, die Arbeitgeber $\frac{2}{5}$. Im Verhältnis zum Lohn sind die Beiträge mit Rücksicht auf das eben geschilderte ungünstige Verhältnis von Beitragszahlern und Rentenbeziehern sehr hoch; sie betragen Ende

1928 für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen etwa 13 v. S. des Lohnes. Daneben müssen die Bergleute und ihre Arbeitgeber aber auch Beiträge zur Invaliden-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung entrichten. Insgesamt betrug die Belastung des Lohnes (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil) bei den Bergleuten etwa 28,4 v. S. Die Ausgaben der Knappschaft betragen 1928 rund 227 Millionen RM. Die Einnahmen deckten also die Ausgaben. Da die finanzielle Lage der Knappschaft bei der abnehmenden Tendenz der bergmännischen Belegschaftsziffern aber immer ungünstiger wird, ist das Reich im laufenden Jahre mit Zuschüssen zur Beitragsenkung helfend eingesprungen.

Steht man die zahlenmäßige Bilanz aus den vorstehenden Ausführungen über die Sozialversicherung, so ergibt sich, welche weite Kreise des Volkes von ihr betreut werden und um welche gewaltigen Geldsummen es sich handelt. Das ständige Steigen des Versicherungsaufwandes ist aber weniger auf den gefühllichen Ausbau der Versicherung zurückzuführen, als vielmehr vorwiegend auf die

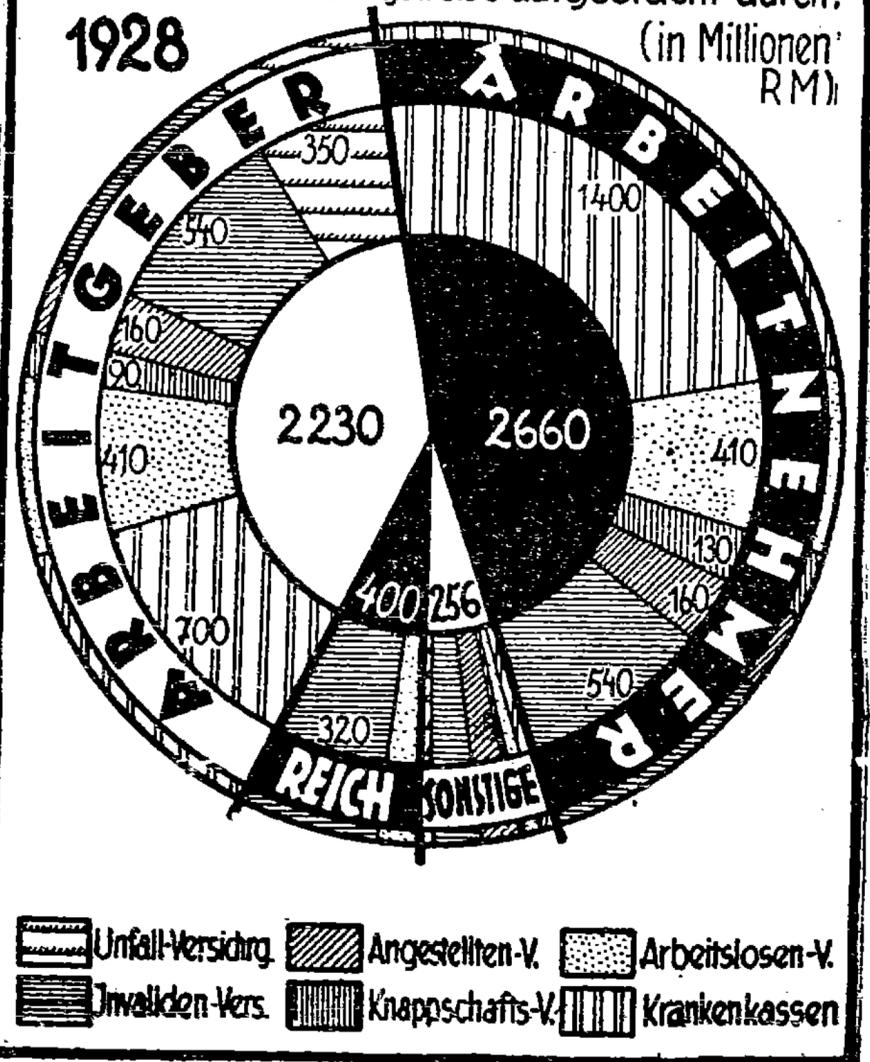
Die Aufwendungen für die Sozial- und Arbeitslosen-Versicherungen

betragen insgesamt rund 5,5 Milliarden RM

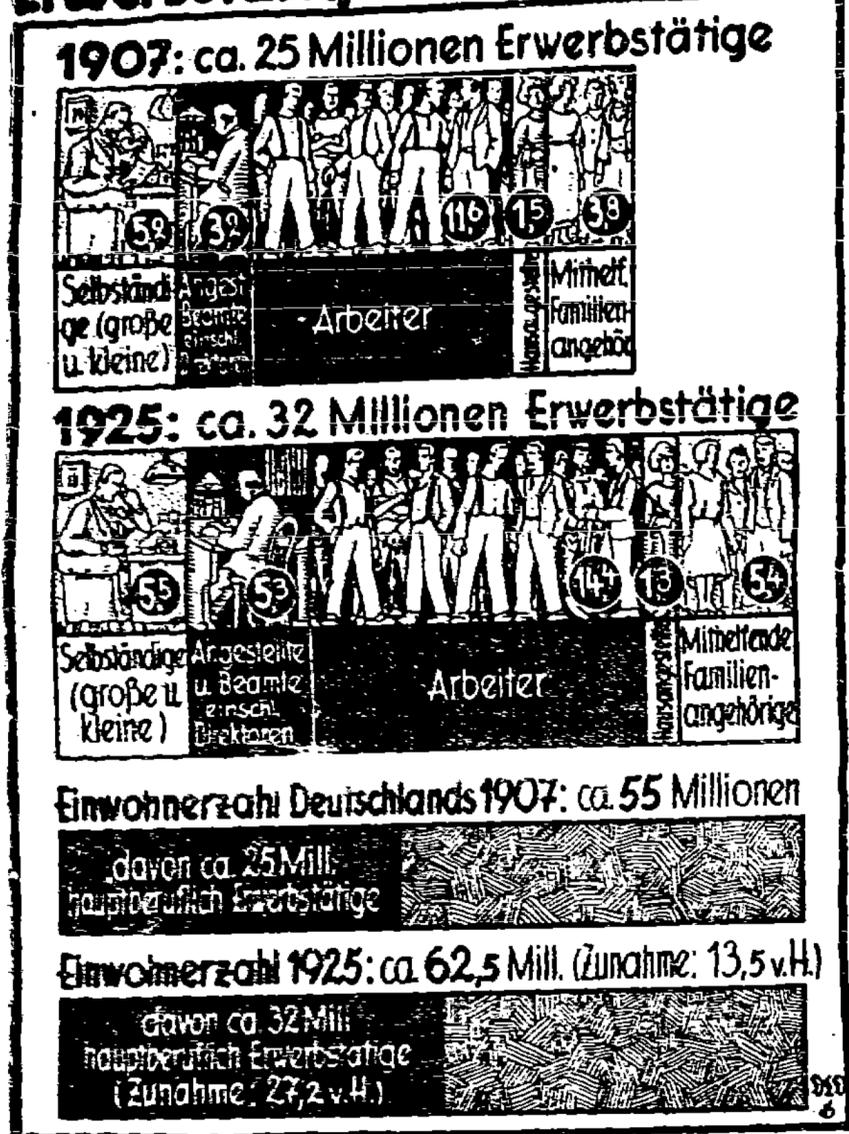
davon werden schätzungsweise aufgebracht durch:

1928

(in Millionen RM)



Die berufliche Stellung der Erwerbstätigen in Deutschland

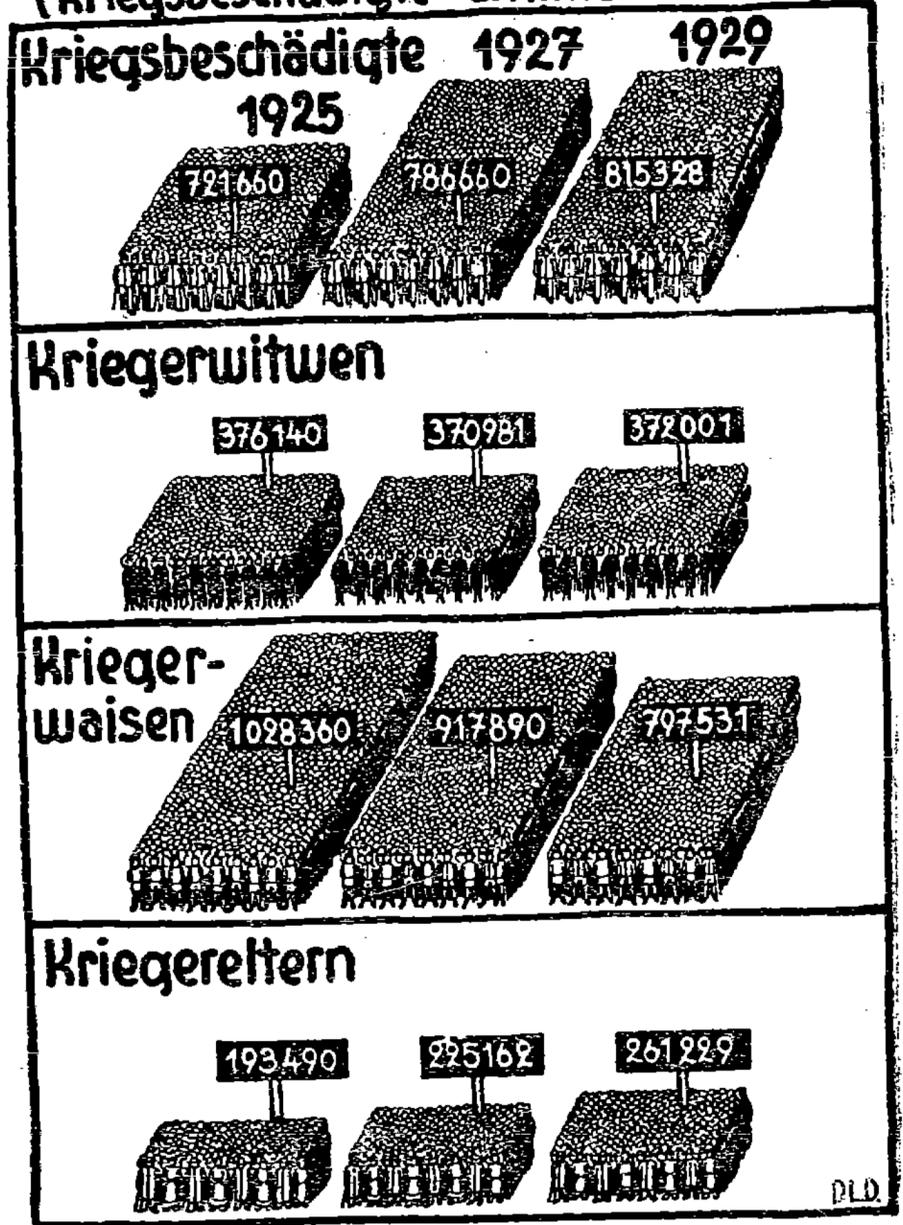


seinen Auswirkungen allerdings teilweise durch die Verteuerung der Lebenshaltung ausgeglichen wurde. Ueber die Entwicklung des Lohnniveaus gibt die nachstehende Tabelle Auskunft:

	Gelernte:	Ungelernte:
April 1924	31,11	23,23
" 1925	40,54	30,11
" 1926	45,21	33,60
" 1927	47,14	35,50
" 1928	49,99	37,77
" 1929	52,54	40,65

(Schluß folgt.)

Die deutschen Kriegsoffer (Kriegsbeschädigte - u. Hinterbliebene)



großen Veränderungen im Altersaufbau, Zusammensetzung und Gesundheitszustand der Bevölkerung, auf den Vermögensverfall der Versicherungsträger durch die Inflation und die allgemeine Geldentwertung. Nur wenn man sich diese Tatsachen und zugleich die gar nicht abzuschätzenden Segnungen der Sozialversicherung für Gesundheit und Arbeitskraft vor Augen hält, kann man zu einer richtigen Würdigung des Versicherungsaufwandes gelangen, über dessen Anwachsen unser Schaubild Auskunft gibt.

Von einschneidender Bedeutung für die Lebenshaltung des einzelnen Arbeitnehmers ist die Höhe des von ihm verdienten Lohnes. Das starke Vordringen der Tarifverträge — am 1. Januar 1928 standen insgesamt 8178 Tarifverträge in Geltung, die 912 006 Betriebe und 12,2 Millionen Arbeitnehmer umfaßten — hat in der Nachkriegszeit die statistische Erfassung des Tariflohnes erleichtert. Nach der Stabilisierung wurden die Löhne entsprechend den damaligen Geldverhältnissen niedrig festgesetzt. Seitdem ist ein fast ständiges Steigen der Lohnhöhe zu verzeichnen, das in

Die gesetzliche Krankenunterstützungsdauer



llgemein bekannt ist, daß die Krankenversicherten Arbeitnehmer Anspruch auf 26 Wochen Unterstützung haben. Dennoch ist dieses Wissen sehr oberflächlich, denn die gesetzlichen Bestimmungen sind durchaus nicht so einfach gelagert. Es ist deshalb nötig, daß wiederholt auf die gesetzliche Lage hingewiesen wird. Das soll in Nachstehendem geschehen.

Grundlage für die Rechtsverhältnisse hinsichtlich der Unterstützungsdauer in der Krankenversicherung ist der § 183 der Reichsversicherungsordnung, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Krankenhilfe endet spätestens mit Ablauf der sechsundzwanzigsten Woche nach Beginn der Krankheit, wird jedoch Krankengeld erst von einem späteren Tage an bezogen, nach diesem. Fällt in den Krankengeldbezug eine Zeit, in der nur Krankenpflege gewährt wird, so wird diese Zeit auf die Dauer des Krankengeldbezuges bis zu dreizehn Wochen nicht angerechnet. Ist Krankengeld über die sechsundzwanzigste Woche nach Beginn der Krankheit hinaus zu zahlen, so endet mit seinem Bezug auch der Anspruch auf Krankenpflege.“

Um die Rechtsverhältnisse klarzumachen, ist hier eine Skizze beigegeben, in der der Zeitablauf durch einen geraden Strich gekennzeichnet ist. (Folgende Seite.)

Die Krankenhilfe, von der in dem oben abgedruckten Paragraphen die Rede ist, besteht nach § 182 RVO. aus Krankenpflege (d. h. Arzt, Arznei, Brillen, Bruchbänder und andere kleinere Heilmittel) und Krankengeld. Diese Krankenhilfe (also Arzt und Krankengeld) endet mit der 26. Woche. Dieser Rechtszustand ist in den Fällen 1 und 2 (s. Skizze) dargestellt. Hier hat der Versicherte, wenn er ausgesteuert ist, keinerlei Anspruch mehr, weder auf Krankenpflege noch auf Krankengeld.

Anders aber wird es, wenn nicht gleich vom ersten Tage an Krankengeld gewährt werden muß, mit anderen Worten, wenn nicht sofort Arbeitsunfähigkeit einsetzt. Denn dann beginnt die 26-Wochen-Frist für die Krankenhilfe (also für Arzt, Arznei und Geld) erst mit dem Tage, an dem Anspruch auf Krankengeld entsteht. Im Fall 3 unserer Skizze war der Versicherte erkrankt, hatte aber in den ersten Wochen noch arbeiten können; ab 9. Woche wurde er arbeitsunfähig. Mit dem ersten Tage des Krankengeld-

bezuges (hier also den ersten Tag der 9. Woche) beginnt nun erst die 26-Wochen-Frist, so daß er insgesamt 34 Wochen Krankpflege erhält. Hat er aber 26 Wochen lang Krankengeld bezogen, dann wird er „ausgesteuert“, d. h. nun bekommt er auch keine Krankpflege mehr. Diese ersten 8 Wochen im Fall 3 sind natürlich willkürlich angenommen. Diese Zeit kann länger oder kürzer sein. Der Fall 4 zeigt nun den theoretischen Höchstleistungsfall. Die 26-Wochen-Frist beginnt mit dem ersten Tage des Krankengeldbezuges zu laufen. Dieser erste Tag muß aber spätestens der letzte Tag der ersten 26 Wochen sein. Tritt die Arbeitsunfähigkeit nämlich erst nach Ablauf der ersten 26 Wochen ein, so ist der Versicherte (s. Fall 1) bereits ausgesteuert. Deshalb wurde angenommen, daß der Versicherte am siebten Tage der 26. Woche arbeitsunfähig würde; dann beginnen mit diesem siebten Tage die eigentlichen 26 Wochen Krankpflege, so daß insgesamt 52 Wochen und 6 Tage Krankpflege (Arzt und Arznei) gegeben werden mußte.

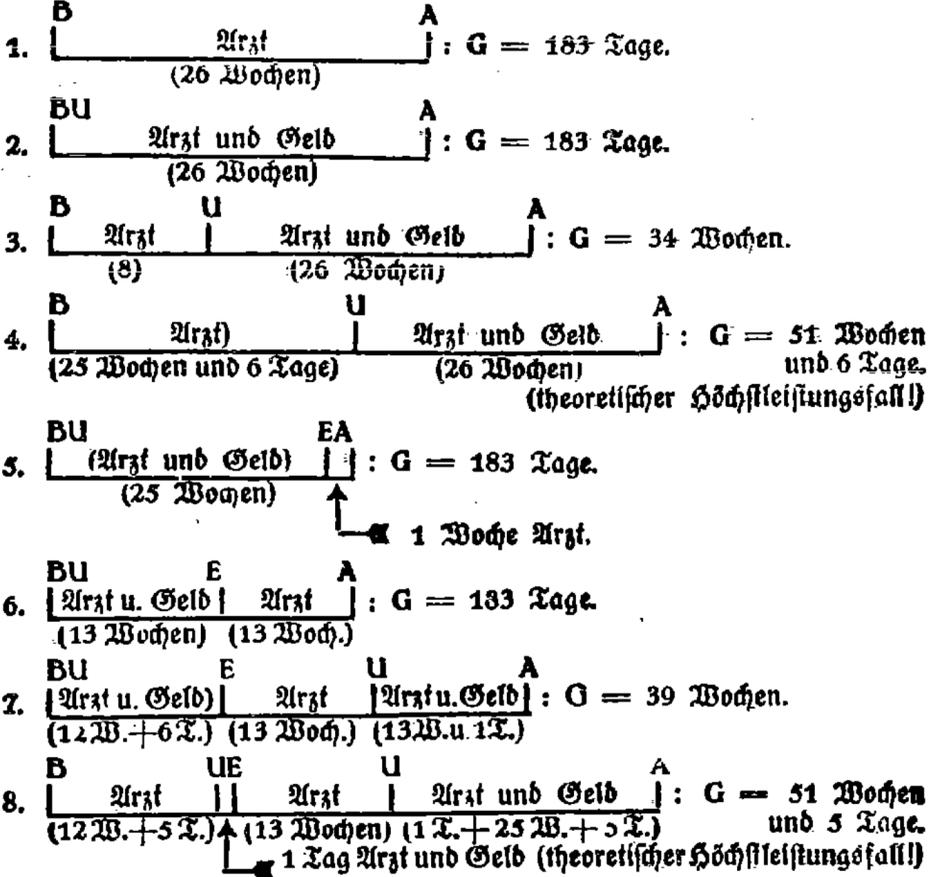
Diese Beispiele lehren auch, daß grundsätzlich mit dem Ende des Krankengeldbezuges (Aussteuerung oder wiedergewonnene Arbeitsfähigkeit) stets auch die ärztliche Behandlung und die freie Medizin endet.

Der zweite Satz des § 183, der erst in den Reichstagsverhandlungen eingeführt wurde, läßt nun darüber hinaus 13 Wochen Krankpflege (Arzt und Arznei) anrechnungsfrei, wenn sie in Zeiten mit Krankengeldbezug fallen. Diese Bestimmung soll die durchaus häufigen Fälle treffen, in denen während einer Krankheit Arbeitsfähigkeit mit Arbeitsunfähigkeit abwechselt. Aber auch dieser Satz bedarf hinsichtlich seiner praktischen Auswirkung der Erläuterung.

Die 13 Wochen müssen — was aus dem Gesetzestext nicht ohne weiteres hervorgeht — noch innerhalb der ersten 26 Wochen der Krankheit liegen. Greifen sie über die 26 Wochen hinaus (Fall 5 unserer Skizze) oder enden sie (wie im Fall 6 unserer Skizze dargestellt) gerade mit Ablauf der 26 Wochen, dann ist inzwischen Aussteuerung erfolgt. Außerdem muß diese bis 13 Wochen lange Zeit „in den Krankengeldbezug“ fallen, d. h. es muß vor und nach dieser Zeit Krankengeld gewährt werden. Krankengeld wird aber nur dann das zweite Mal fällig, wenn der Tag der Fälligkeit noch innerhalb der ersten 26 Wochen liegt, denn sonst ist wiederum inzwischen Aussteuerung erfolgt. Der Fall 7 ist ein Beispiel, bei dem angenommen ist, daß die ganzen 13 Wochen (es könnten natürlich ebensogut weniger Wochen angenommen werden) noch innerhalb der 26 Wochen liegen und der Tag der zweiten Fälligkeit des Krankengeldes gerade der letzte

Beginn und Ende von Krankpflege und Krankengeld nach § 183 RVO. Es bedeutet:

- B = Eintritt des Versicherungsfalles;
- A = Ausgesteuert; Krankheit kann fortbestehen;
- U = Arbeitsunfähig, also Beginn des Krankengeldbezuges;
- E = Arbeitsfähig, also Ende des Krankengeldbezuges;
- G = Gesamtdauer der Krankpflege (Arzt und Arznei).



Tag der 26-Wochen-Frist ist. Die Voraussetzung, daß mindestens je ein Tag vor und nach den 13 Wochen Krankengeld gegeben wird, und die weitere Voraussetzung, daß der Tag, an dem das zweite Mal Krankengeld fällig ist, noch innerhalb der 26-Wochen-Frist liegt, ist im Fall 8 dargestellt. Es stellt dieser Fall wiederum die theoretische Höchstleistung dar.

In allen über 26 Wochen dauernden Erkrankungsfällen aber, um das nochmals zu unterstreichen, endet das Krankengeld, nach

Etwas von den „Zünftigen“

III.

Und weiter wird getragen:

5. die „Ehrbarkeit“, eine Schleife, die nur um den Hemdknopf, also nicht um den Hals geschlungen wird und schmal und lang über die weiße Hemdbrust herabhängt. Bei der Gesellschaft der Fremden ist die Ehrbarkeit schwarz, bei den Rolandsbrüdern blau, bei den Freiheitsbrüdern rot;

6. der Hut, das wichtigste Kleidungsstück! Er ist ebenfalls stets schwarz und hat drei Formen, von denen jede ihre zunftmäßige Bezeichnung hat. Entweder ist er ein weicher, breittrempeliger Hut (der Obermann) oder ein einfacher, steifer Hut (der Schauwerker) oder ein seidener Zylinder (der Spinn). Der Spinn wird nicht mehr ganz ernst genommen und ist nur noch ein Rest der alten Gebräuche der Zimmerleute, die in Zylindern wanderten. Die beiden Ausdrücke Schauwerker und Spinn sind wohl der süddeutschen schwäbischen und badischen Sprache entnommen und gehen auf die Wörter „Schauwerken“ und „Spinnen“ zurück, die so viel wie „Wichtigun“ bedeuten. Die jungen, noch zunft-eifrigen Gesellen nehmen aber den Spinn oder die Angstöhre oder Dunstklepe immer noch wichtig. Der Hut darf auch auf der Wanderschaft und bei größter Hitze nie abgenommen werden;

7. die Stiefel oder Trittlinge, die sogenannten steifen Langschäfter oder Suffrohre. Die weichen, sogenannten Schneiderlangschäfter, wie sie die Maurer tragen dürfen nach Weiß von zünftigen Fremden nicht getragen werden. Zunftvorschrift ist, daß ein wandernder Geselle eine Stadt nicht mit zerrissenen Schuhen betreten darf, es soll deshalb wohl vorkommen, daß er die Sohlen vor Betreten der Herberge anbindet. Läuft ein Wandergeselle „auf deutschem Boden“, d. h. mit zerrissenen Schuhen, und hat er kein Geld mehr, so werden sie ihm auf Gesellschaftskosten bezahlt;

8. das rote Taschentuch, das sogenannte Hamburger Tuch, das die mehrfache Größe eines normalen Taschentuchs hat und meist mit dem Reklameausdruck irgendeiner Fabrik für Berufskleider versehen ist. Auf der Wanderschaft wird im roten Tuche das Kleingepäck eingeknüpft, bei Betreten einer Herberge wird es über den „Berliner“ gelegt;

9. der „Stenz“, der kräftige Wanderstock, der meistens aus der Lüneburger Felde bezogen wird. Er wurde früher zunftgemäß unter dem

Rod eingeknüpft und noch Mitte des 19. Jahrhunderts quer unter den Berliner geschnallt. Da nun alsdann der Stock zu beiden Seiten vorstand und die Bürger auf dem Fußsteige belästigte, einigte sich die Zunft mit der Polizeibehörde dahin,



daß der Wandergeselle den Fußsteig nicht benutzen durfte;

10. der „Berliner“ oder das Felleisen, das auf dem Rücken getragen wird und bei Betreten der Herberge mit einer Schnur oder einem Riemen an der linken Achsel getragen und mit dem roten Taschentuch überdeckt werden soll;

11. Ohrgelänge tragen nur die sogenannten Freiheitsbrüder, die, nach Weiß, allgemein zum „Spinnen“ zu neigen scheinen;

12. die Barttracht. Obwohl dem fremden Zimmergesellen zunftgemäß nach dreieinhalb-

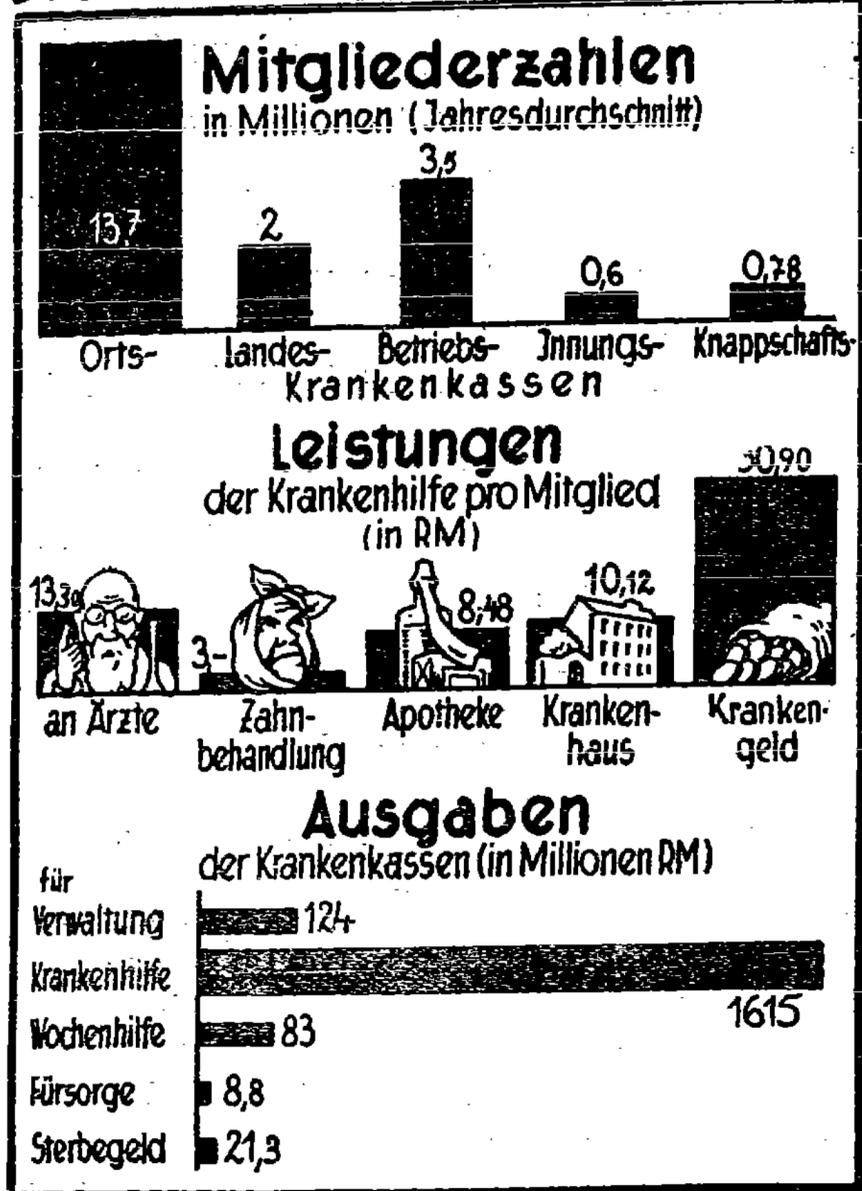
jähriger Wanderschaft das Tragen eines Schnurrbartes erlaubt ist, ziehen die meisten Gesellen doch die bartlose Tracht vor. Nur der Kinnbart ist hier und da zu finden. Auch hierüber berichtet ein launiger Vers:

Zum Zingel-Zangel mit dem Witschel-Watschel
Und so rutscht noch ein bißchen weiter.
Zum Zingel-Zangel mit dem Schnauzbart,
Doch der Kinnbart bleibt fehn!

Das Verbot des Schnurrbarttragens erklärt Weiß mit den vielen „Schmarren- oder Sumpentrinken“, weil beim Rundtrunk nicht jeder die Haare ins Bier zu hängen brauche.

Wir haben vorstehend neben der Gesellschaft der Fremden auch die Rolandsbrüder, die Vogtländer und die Freiheitsbrüder erwähnt. Es sind deshalb noch Erklärungen nötig, wie sich diese Gesellschaften zueinander verhalten. Als Vogtländer bezeichnen die Fremden alle nicht fremdgeschriebenen Zimmerleute und wenn auch ein Vers besagt:

Die Krankenkassen 1928



dem es 20 Wochen gewährt ist, und mit seinem Ende hört auch die Krankenpflege auf!

Alle diese Bestimmungen können jedoch zugunsten der Versicherten durch Mehrleistungen der Krankenkassen erweitert werden. Solche Mehrleistungen müssen in der Kassensatzung enthalten

sein. Jeder Versicherte braucht deshalb eine Satzung seiner Kasse oder doch wenigstens einen diese Bestimmung enthaltenden Satzungsauszug.

Größte Unkenntnis trifft man unter der Arbeiterschaft aber auch in der Frage der Wirkung einer Kündigung des Arbeitsverhältnisses, wenn sie in Krankenzeiten fällt. Es soll hier nicht die arbeitsrechtliche Seite dieser Frage untersucht werden, sondern lediglich die versicherungsrechtliche, obwohl auch die arbeitsrechtlichen Verhältnisse bei weitem nicht von allen Kollegen verstanden werden. Die bestehenden Rechtsverhältnisse sollen nachstehend erläutert werden:

1. Ungeklärt, ausgesteuert, krank, aber arbeitsfähig: Der Arbeitgeber hat während der ganzen weiteren Dauer Beiträge abzuführen.

2. Ungeklärt, ausgesteuert, krank und arbeitsunfähig: Der Arbeitgeber muß auch dann Beiträge abführen. Anders wäre es, wenn der Versicherte noch nicht ausgesteuert wäre und noch Leistungen von der Kasse erhielte, denn dann ruht nach § 383 Abs. 1 die Beitragspflicht.

3. Ohne Stellung, noch nicht ausgesteuert, krank, aber arbeitsfähig. Der Versicherte muß sich binnen 3 Wochen nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses weiterversichern (§ 313 Abs. 2), da sonst seine Mitgliedschaft endet. Stellt der Versicherte die Weiterversicherung nicht her, so endet zwar nicht die Leistungspflicht nach Ablauf der 3 Wochen, wohl aber endet mit dem Aufhören der Leistung auch die Mitgliedschaft. Die Kasse hat bei Fortbestand der Krankheit weiter zu leisten, da der Anspruch auf Leistung seinem ganzen Umfang nach mit dem Augenblick des Eintritts des Versicherungsfalles erworben ist.

4. Ohne Stellung, noch nicht ausgesteuert, krank und arbeitsunfähig: Der Versicherte muß sich binnen 3 Wochen weiterversichern, jedoch beginnt die 3-Wochenfrist erst mit dem Tage nach Ablauf der Kassenleistung.

5. Ohne Stellung, ausgesteuert, krank, arbeitsfähig oder arbeitsunfähig: Der Versicherte muß sich über seine Weiterversicherung 3 Wochen nach der Aussteuerung schlüssig werden.

Daß Erwerbslose, die binnen 3 Wochen nach dem Ausscheiden aus der Mitgliedschaft krank wurden, nach § 214 Anspruch auf die Regelleistungen der Kasse haben, ist allgemein bekannt. Durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz aber sind die Erwerbslosen, die die Hauptunterstützung beziehen, versichert, so daß der § 214 nur dann wirksam wird, wenn die Hauptunterstützung wegfällt.

Meistre.

Ja, wo die Zimmergesellen zünftig sein,
Da schlägt man dreimal mit dem Zöllstock drein.
Doch wo die Zimmergesellen Vogtländer sein,
Da schlag ein Himmel Donnerwetter drein

So arbeiten die Fremden doch mit den Vogtländern derzeit in Frieden miteinander. Weiß führt die Bezeichnung Vogtländer auf die Zeit Friedrichs des Großen zurück der aus dem Vogtlande Zimmerleute in das für die damaligen Arbeitsverhältnisse schlecht angeschriebene Ostpreußen zog. Diese verheirateten und nicht fremdgeschriebenen Gesellen waren meist nicht in der Lage die zünftigemäßigen Abgaben zu bezahlen und wurden deshalb zu jener Zeit nicht geachtet. Die Rolandsbrüder stammen aus Norddeutschland und haben seit etwa 1880 ihren Gesellschaftssitz ebenfalls in Bremen. Sie wurden lange Zeit und wohl stellenweise auch heute noch von den Fremden bestens gehaßt. Nach der Farbe ihrer Ehrbarkeit werden sie auch „die Blauen“ genannt und die Fremden als „die Schwarzen“ bezeichnet. Neuerdings scheint sich der Haß der Fremden mehr auf eine dritte Bruderschaft, übertragen zu haben, auf die Freiheitsbrüder. Sie sind an der roten Biese ihrer Hosen und an ihren Ohrgehängen sichtbar von den anderen Gesellen zu unterscheiden nehmen auch Maurer in ihre Gesellschaft auf und halten sich auch sonst weniger an zünftige Gebräuche. Mögen es nun Fremde, Rolands- oder Freiheitsbrüder sein, im geselligen Leben scheinen sie alle eins zu haben: Die Lust am Trinken, die Lust am Raufen und die Lust am Singen. Nur einen reizvollen Vers wollen wir zur Probe herausgreifen:

Paulus schrieb an die Korinther:
Simmern ist nicht gut im Winter.
Und er schrieb an die Epheser:
Trinkt nicht aus zu kleine Gläser!

Ueber dem Trinken steht ihnen aber doch das Wandern, es scheint für sie keine Grenzen zu geben. Wenn wir diesen Wandertrieb ganz erkennen wollen, müssen wir Weiß zum Schluß selbst nochmals zu Worte kommen lassen:

Die Hauptfremdenstädte, in denen allein das „Buch“ zeitweise schon zugemacht war, waren vordem: Hamburg, Stettin, Danzig, Breslau, Riga, Leipzig, Magdeburg, Prag, Budapest, Wien, Frankfurt, Zürich. Ein Blick auf diese Städte zeigt deutlich die einstmals große, nun schon längere Zeit fast erloschene Ausdehnungskraft des Deutschtums nach dem Osten. Heute geht der Zug mehr nach dem Westen. Die Fremden bereisen

mit Vorliebe Holland und Belgien. In Brüssel ist meist eine Gesellschaft beisammen, und durch ganz Holland hindurch arbeiten insbesondere die Plattdeutschen, die ohne weiteres die Niederachsen und Niederfranken



jener Länder verstehen, als Schiffs- oder Haus-Zimmerleute, gerade wie wenn sie zu Hause wären. In Wien, Belgrad, Budapest und Sofia ist nach den übereinstimmenden Angaben verschiedener Befragter vor dem Kriege das „Buch“ fast immer „offen“ gewesen und sehr häufig noch in Konstantinopel, Jerusalem und Alexandria. Sogar konnte von den ehemaligen deutschen Ostseeländern von dem Baltikum, das früher mit ganz besonderer Vorliebe bereist wurde, nur noch von Riga und Elbau als Reiseziel berichtet werden. Aber gerade dort und auch im reichsdeutschen Ostseeland, in Königsberg, soll es noch am zünftigsten sein.

Nach dem Norden hinauf spült aber dieser deutsche Wanderstrom anscheinend noch ebenso stark wie früher, und ein Gegenstrom zimmermännlich-nordischer Gestalten kommt von dort herunter. Kopenhagen erscheint z. B. auf den alten „Kundschaften“ (den Arbeitsnachweisen), die immer in dänisch und deutsch ausgestellt sind wie eine deutsche Stadt, während andererseits die dänischen Zimmermeister heute wie früher ihre Söhne nach Deutschland schicken, damit sie etwas lernen. Die Sehnsucht treibt sie besonders stark nach Süddeutschland und der Schweiz, und die Basler Fremden-Gesellschaft soll oft zur Hälfte aus Dänen bestehen. Der Süden Europas wird am liebsten bereist; in der Schweiz ist fast jede Stadt zünftig, und sie steigen über die Alpenpässe hinüber und gehen in breitem Strich bis nach Neapel.

Die Umgangssprache in den ausländischen Fremden-Gesellschaften ist immer deutsch. Die Tschechen, unter denen es sehr tüchtige Zimmerleute gibt, geben sich eigentümlicherweise nicht als Böhmen aus, wie es sonst beliebt ist, sondern als Deutsch-Tschechen. So sind die fremden Zimmergesellen stärkere deutsche Gesittungsträger und Bahnbrecher für den deutschen Gedanken, als ein großer Teil des über alle Welt sich ergießenden Stroms unserer Vergnügungstouristen.

Der Hammer

Jugendzeitung des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 5

Duitsburg, den 8. März 1930

11. Jahrgang

Gewerkschaftliche Jugendarbeit und Elternpflicht

Die gewerkschaftliche Erfassung und Betreuung der Jugend ist keineswegs so unbestritten, wie man dies nach Stand und Entwicklung der gewerkschaftlichen Jugendbewegung wohl annehmen dürfte. Es gibt weite Kreise, die die Organisierung der Jugend als einen Einbruch in „alte geheiligte Rechte“ betrachten und sie deshalb schärfstens bekämpfen. Sehr oft auch mit Verdächtigungen, die einer gerechten Kritik nicht standhalten. Man braucht hier nur an den aus Industrie- und Handwerkskreisen stammenden Vorwurf zu denken, die Gewerkschaften zögen die Jugend in den wirtschaftlichen Kampf hinein. In der Regel ist gerade das Gegenteil zutreffend. Es ist leider so, daß der sacra egoismo in der Wirtschaft so stark ist, daß bereits die jungen Menschen nur als billige Arbeitskräfte betrachtet und behandelt werden und daß man darüber selbst übernommene Ausbildungspflichten größtlich vernachlässigt. Die Ungerechtigkeiten und Härten sind so stark und so vielseitig, daß sie auch die jungen Menschen und gerade sie, die meistens mit einem gewissen schwärmerischen Idealismus ins Erwerbsleben hineinkommen, stärkstens enttäuschen und verbittern müssen. Die Gewerkschaften haben ja viel mehr zu tun, um aufzurichten was die Wirtschaft niederdrückt, um gesunkenen Mut wieder zu heben, um die Verbitterung, welche die Wirtschaft in die Herzen der Jugend trug und trägt, zu verscheuchen. Sie tun das wir betonen das nachdrücklichst.

der Jugend zuliebe, um ihr nach Möglichkeit Mut und Freude zu bewahren. Darum berühren uns solche Vorwürfe auch recht wenig, um so mehr, als sie geboren sind aus Aerger darüber daß die Gewerkschaften ein so wirksames und bedeutsames Organ des betrieblichen und gesellschaftlichen Jugendschutzes sind. In unserer Entwicklung wird uns diese Einstellung auch dauernd kaum hemmen können.

Viel wichtiger und bedeutsamer erscheinen uns aber andere Hemmnisse. Wir beobachten auch heute noch, daß sich viele, sehr viele Eltern recht wenig Gedanken um die gewerkschaftliche Organisierung ihrer erwerbstätigen Kinder machen. Ja, vielleicht infolge Beeinflussung seitens der Lehrmeister, bestrebt und bemüht sind die Gewerkschaft nur ja von ihren Kindern fernzuhalten. Das ist natürlich eine komplette Unmöglichkeit. Die Gewerkschaftsfrage spielt heute so stark in das ganze Arbeiterleben hinein, daß sich ihr kein Arbeitnehmer entziehen kann. Es sind tausendfache Bande, die jeden Arbeitnehmer mit der Organisation verbinden, und tausendfache Ausstrahlungen der Gewerkschaftsarbeit die jeden Arbeitnehmer zwingen Stellung zur Gewerkschaftsfrage zu nehmen. Man braucht nur an den gewaltigen Geltungsbereich der gewerkschaftlichen Arbeit, an Lohn, Arbeitszeit, Urlaub, Tarif, Betriebsschutz, betriebliche und gesellschaftliche Wertung des Arbeiterstandes usw. zu denken, um das zu verstehen. Die starke Kraft des gewerkschaftlichen Gedankens macht auch vor der erwerbstätigen Jugend nicht halt. Wer ins Erwerbsleben hineintritt, stößt mit der Gewerkschaftsfrage zusammen. Das wird keine Elternsorge, auch kein konfessioneller Jugendverein verhindern können. Es ist das ja auch deshalb schon natürlich, weil alle Fragen des betrieblichen, beruflichen und gesellschaftlichen Jugendschutzes Fragen gewerkschaftlicher Arbeit sind.

Diese Tatsache der starken Kraft des gewerkschaftlichen Gedankens zeigt sich aber erst dann in ihrer ganzen ernsten Bedeutung und Tragweite wenn man damit eine andere Tatsache in Verbindung bringt. Die deutschen Gewerkschaften sind nicht nur Vertretungen materieller Interessen, sondern auch gewissermaßen Verkörperungen eines gewaltigen geistigen Ringens, das durch unsere Zeit geht des Ringens zwischen Christentum und Materialismus. Auch das Schlagwort von der Einheitsorganisation kann die Tatsache nicht ändern, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung diesen weltanschaulichen Kampf der Gegenwart widerspiegelt und daß die beiden Hauptströmungen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die christlichen und die sozialistischen Gewerkschaften, die beiden weltanschaulichen Lager verkörpern.

Wenn also kein Arbeitnehmer, auch kein Jugendlicher sich dem Einfluß und dem Bann des gewerkschaftlichen Gedankens zu entziehen vermag und wenn die Gewerkschaften weltanschaulich fundiert sind, dann ergibt sich aus dieser Tatsachenverbindung die heilige und ernste Pflicht christlicher Eltern, ihre erwerbstätigen Kinder auf die christlichen Gewerkschaften hinzuweisen. Dann müssen wir es als heilige Pflicht aller älteren Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes betrachten, daß sie ihre in der Eisen- und Metallindustrie tätigen Töchter und Söhne dem Christlichen Metallarbeiterverband zuführen. Nur dann haben sie die Sicherheit, daß die Familie im Heiligsten im Religiösen, nicht auseinander geht, sondern eine ideale Einheit bleibt.

Wir möchten das besonders deutlich deshalb betonen, weil sich in einigen Wochen die Schulküren hinter vielen tausend jungen Menschenkindern schließen und die Mehrzahl davon hineintritt in den Kampf- und Gefahrenbereich des wirtschaftlichen Lebens. Christliche Eltern! Seid wachsam! Gedenkt eurer Verantwortung und eurer Pflicht!

Beiläufig möchten wir schließlich noch hervorheben, daß sich aus der von uns gezeichneten Tatsachenverbindung auch für alle konfessionellen Jugendvereine die heilige und verantwortungsvolle Aufgabe ergibt, immer wieder auf die christlichen Gewerkschaften hinzuweisen. Eine ehrliche, praktische Freundschaft und Kampfesbrüderschaft ist für beide Teile von größtem praktischem Wert, rein ideell gesehen aber absolute Notwendigkeit. Hoffen wir deshalb, daß die getroffenen Vereinbarungen sich allerwärts, sowohl in der Vereinspraxis wie auch in Konferenzen und Führerkurien, immer mehr auswirken!

M. F.



Damen (Weier)

Fritz Köhrs

„Wann wir schreiten Seit' an Seite“

Die Ziele des Christlichen Metallarbeiterverbandes bezüglich des Nachwuchses. — Die Jugendbewegung muß wachsen.

Zu den allerwichtigsten Problemen und Aufgaben zählt das Heranziehen der Jugend zur aktiven Mitarbeit in allen wichtigen Fragen, die das Leben an uns stellt. Überall wo wir im öffentlichen Leben um uns schauen, sehen wir, daß von allen Parteien und Korporationen um unsere Jugend geworden wird. „Der Jugend gehört die Zukunft“ ein altes Sprichwort. Aber nur der junge Mensch hat eine Zukunft, der in selbstloser Weise an sich arbeitet, um dann im öffentlichen Leben und im wirtschaftlichen Kampfe seinen Mann zu stehen. Aus zweierlei Gründen leistet der Christliche Metallarbeiterverband Jugendarbeit: 1. aus idealen Gründen, 2. aus praktischen Erwägungen. Die idealen Gründe sind: Sicherung des zahlenmäßigen und qualitativen Nachwuchses, Schulung und Heranbildung der Jugend, berufsfreudige und berufstüchtige Menschen zu schaffen, Festigung der Jugend in der christlichen Weltanschauung, Kämpfer zu werden, damit christlicher Geist in unsere materialistische Wirtschaft einzieht.

Die heutige Zeit fordert eine intensivere Schulung unserer Mitglieder, weil die Anforderungen an den einzelnen viel gewaltiger sind. Durch diese Arbeit werden tüchtige Mitglieder, gutgeschulte Vertrauensleute und Funktionäre herangebildet, nicht nur allein für die Bewegung, sondern auch für das öffentliche Leben.

Aus praktischen Erwägungen leisten wir Jugendarbeit, denn die im Erwerbsleben stehenden Jungmetallarbeiter haben noch eine Menge Forderungen, die erfüllt werden müssen. Die wichtigsten Forderungen sind: Tarifliche Regelung der Lehrlingslöhne, Einhaltung der Arbeitszeit, Schaffung und Ausbau des Erholungsurlaubs, Sicherung einer guten Ausbildung für Sacharbeiter und Handwerker. Diese Ziele sollen erreicht werden durch die Zusammenfassung der Jugend in eigenen Jugendgruppen. Hier soll versucht werden sie heranzubilden in beruflicher und gewerkschaftlicher Beziehung, Unterrichtskurse und Vorträge aller Art sollen gewerkschaftliche Tüchtigkeit und Allgemeinbildung vermitteln. Besichtigungen und Wanderungen, Ausflüge und Spaziergänge sollen die Jugend einander näherbringen.

Jeder, ob jung oder alt, muß darum mithelfen, daß auch der letzte auf unserem Boden stehende Jungmetallarbeiter restlos erfaßt wird, damit die Gleichberechtigung und Gleichachtung des Arbeiterstandes erreicht wird. Daß sie erreicht werden kann, beweist die Gegenüberstellung der Verhältnisse vor 20 Jahren und mehr und von heute. Tausende und aber Tausende Jugendliche wirken schon mit.

Darum herzu zur Mitarbeit, jeder muß mithelfen, größte Aktivität muß Lösung werden. „Wann wir schreiten Seit' an Seite, wird und muß es uns gelingen.“
H. V.

Radioneuheiten

auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1930

Es gibt wohl kaum ein Gebiet der Technik, das sich so stark in dauerndem Entwicklungsstadium befindet wie die Radiotechnik. Man sollte meinen, daß jetzt, nachdem der Rundfunk in Deutschland bereits auf eine siebenjährige Vergangenheit zurückblicken kann, die Entwicklung zu einem ruhigeren Tempo gekommen sein sollte. Wenn trotzdem das Gesamtbild am Radiomarkt heute schon wieder ein ganz anderes ist als vor knapp einem Vierteljahr, so liegt das in erster Linie an der rastlosen Tätigkeit der Wissenschaftler und Ingenieure in den Laboratorien der Funkindustrie. Immerfort werden neue Typen herausgebracht Verbesserungen an den bisherigen Radiogeräten durchgeführt. Die Folge dieser Entwicklung ist, daß die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse in der Rundfunktechnik wieder ein vollkommen verändertes Bild zeigt. Um nun jedem Radiointeressenten die Möglichkeit zu geben, sich über den letzten Stand

der Radiotechnik zu informieren, bringt der Verlag Kathode den „Führer durch die Radiotechnik 1930“ in vollkommen neu bearbeiteter Auflage heraus. Die neue Ausgabe dieses Buches ist auf 150 Seiten erhöht worden, enthält die Beschreibung von circa 2000 Radioapparaten und Einzelteilen und ist mit 650 Abbildungen illustriert. Es dürfte wohl kaum ein Erzeugnis der Radioindustrie geben, das in der Neuausgabe des Führers nicht enthalten wäre: modernste Regempfangler, Batterieempfangler Lautsprecher verschiedener Systeme Zubehör und Radio-Neuheiten jeder Art. Besonders eingehend werden auch die Einzelteile zum Selbstbau von Radiogeräten dargestellt die neuesten Typen Kondensatoren, Spulen, Niederfrequenz- und Regtransformatoren usw. sowie auch alle Artikel für das drahtlose Fernsehen. Eine Beilage enthält die Tagespreise sämtlicher dargestellten Apparate und Einzelteile, so daß jedem, der die Absicht hat, seine Radioanlage zu erneuern oder aus Ersparnis oder anderen Gründen Geräte selbst zu bauen, nur empfohlen werden kann, sich zunächst in diesem Führer über den letzten Stand der Technik zu informieren.

Die Zusendung der neuen Ausgabe des „Führers durch die Radiotechnik 1930“ erfolgt zum Preise von 2,50 RM, auch in Briefmarken oder gegen Nachnahme, durch den Verlag „Kathode, G. m. b. H., Berlin W 15, Sach 63.

Mitten Dazwischen

In ihrer Märznummer bringt „Die Wacht“, das Organ der katholischen Jugendvereine, folgende bemerkenswerte Notiz:

„Was hältst du von den Gewerkschaften? Heute muß jeder, der im Betriebe drinsteht, organisiert sein. Und jetzt kommt Ostern. Da gilt doppelt, daß ihr mithelft, daß auch der letzte Junge, der in euren Betrieb hineinkommt, sich organisiert. Katholische Jugend steht in der christlichen Gewerkschaft.“

Das ist ein erfreulicher Hinweis, der hoffentlich auch von den Jungmännern beachtet wird, damit unsere ideale Kampfesfront immer stärker und mächtiger wird.

Buchbesprechung

„Drei Sprechhöre“ von Michel Becker. Eine Auswahl kleiner Sprechhöre für die Werktätigen. 160. kart., 0,50 RM. Hier ist zum erstenmal der Versuch unternommen auch für die Werktätigen eine Reihe kleinerer Sprechhöre herauszugeben. Neben einem allgemeinen Sprechchor „Die Werktätigen“ finden wir einen Chor für die Bergleute „Volk unter Tage“, ebenso für die Metaller einen solchen „Dienst am Eisen“, nebst einem Totenspruch für die Gefallenen der Arbeit.

„Die Wegbereiter“. Soziale Dichtung von Goethe bis zur Jahrhundertwende. 160. kart., etwa 0,50 RM. Alle Empfindungen, welche die Brust der Kamenlosen und Enterbten durchstürmen die aus dunkler Tiefe zum Licht emporstreben, finden in dieser Auswahl des Wertvollsten, was an sozialer Dichtung geschaffen wurde einen vieltönigen Ausdruck.

Wir Werkleute all“. Ein Querschnitt durch die soziale Dichtung nach der Jahrhundertwende. 160. kart. etwa 0,50 RM. Das Arbeiterwerkleben im Spiegelbild der Dichtungen von Bröger, Barthel, Engelke, Lersch, Pehold, Wieprecht und Wohlgemut. Ein zweiter Teil bringt uns das Weltkriegsdrama aus dem zeitlosen Erlebnis der Arbeiterdichter erschütternd nahe.

„Selbinnen des Alltags“. Die werktätige Frau im Spiegelbild der Dichtung. 160. kart., etwa 0,50 RM. Den Selbinnen der werktätigen Frau als Mutter, Gattin und Lohnarbeiterin preist die Dichtung dieser Auswahl in den beiden Abschnitten „Frau Sorge“ und „Kopf hoch!“ Die reiche Seelenkraft und Opferfähigkeit des Weibes tritt uns überwältigend vor Augen.

Die Sammlung, die im Volksvereinsverlag, M. Glöckner, erschien, ist allen werktätigen Jugendgruppen aufs beste zu empfehlen.

Das Gold der Ostsee

Zur Geschichte des Bernsteins.

Die Sage geht, daß im biblischen Zeitalter die Phönizier auf ihren schnellen Segelschiffen bis in die Ostsee gelangt seien und in der Gegend von Königsberg Handel getrieben hätten. Sie sollen für ihre Waren damals schon an der jamländischen Küste Bernstein das Gold der Ostsee, eingetauscht haben. Wie dem auch sei Tatsache ist, daß heute noch die West- und Nordküste des Samlandes die größten Bernsteinvorkommen Deutschlands aufzuweisen haben. Interessant sind die Ausführungen, die darüber von Fritz Kuschel in der Zeitschrift „Unsere Welt“ gemacht werden.

Nur noch ein Bergwerk dient der Förderung des Bernsteins, es ist das staatliche Bernsteinbergwerk in Palmnicka; sonst wird er im Tagebau auf dem festen Lande gefördert oder bei Sturm aus der See gefischt. Noch immer enthält die sogenannte „Blaue Erde“, eine dunkelgefärbte, tonig-sandige Schicht, in der man Reste von allerlei Holzarten und kleinen Seetieren findet, große Mengen von Bernstein.

Alle Bernsteinfunde gehören dem preussischen Staat bzw. der diesen verkörpernden Preussischen Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft. Sie hat Niederlassungen an verschiedenen Orten der Küste. Durch staatliche Aufhäuser erhalten die Einwohner die Genehmigung zum Sammeln und Fischen von Bernstein. Dafür ist eine kleine Gebühr zu entrichten.

Millionen Jahre sind vergangen, seitdem dort, wo heute die Ostsee rauscht, ein Urwald mit riesigen Kiefern, Fichten und Föhren sich aus-

dehnte. Stürme rissen die Bäume nieder, schlugen ihnen Wunden, und aus diesen Wunden floss das Baumharz in großen Mengen heraus. Manches kleine Insekt wurde von der lebrigen Flüssigkeit eingeschlossen. Das Harz verdickte sich, wurde hart, wurde Bernstein. In manchem Stück Ostseegoldes können wir heute noch Insekten eingeschlossen finden. Besonders im Bernsteinmuseum in Königsberg i. Pr. erregt nach eigenartig geformtes Stück Bernstein unsere Bewunderung. Ein neues Zeitalter brach heran: der Urwald verschwand, die tiefen Fluten des Meeres bedeckten ihn. Das Holz verkohlte aber der Bernstein verlor nichts von seiner ursprünglichen Frische und Schönheit. Heute gibt ihn das Meer wieder her. Die wissenschaftliche Forschung ist zu dem Ergebnis gekommen, daß man auf dem Grunde der Ostsee zwei große Felder verjüngten Bernsteinwaldes unterscheiden kann: nördlich vor Danzig und dem Frischen Saß das eine, im Norden vor Memel und dem Kurischen Saß das andere.

Wenn der Sturm über dem Meere tobt, dann geht der Bernsteinfischer an seine gefährliche und mühevollen Arbeit, um dem Meer seine Schätze zu entreißen. Dreißig bis vierzig Reichsmark bringt ihm meist die Ausbeute einer Nacht, doch Fänge von hundert Reichsmark und mehr sind keine Seltenheit. In der Schmelzfabrik in Palmnicka wird der kleinstückige Bernstein zu Kolophon eingeschmolzen; Rohstoffe für die Herstellung von Bernsteinlacken, Bernsteinöl und Bernsteinsäure werden gewonnen. Aus den größeren und reinen Stücken wird mancher kunstgewerbliche Biergegenstand hergestellt, dessen Betrachtung uns immer wieder von neuem Staube bereitet.

Jugendstimmen

Dillingen. Im Lokale Späht hielt unsere Jugendgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der Vorsitzende eröffnete sie und dankte allen Kollegen für ihr zahlreiches Erscheinen, besonders aber für die tatkräftige Mitarbeit im verflochtenen Jahre. Bei der Neuwahl wurde der alte Vorstand in seiner Tätigkeit belassen. Der Kollege **Straberg** hielt einen kurzen Vortrag über „Ziel und Zweck der Jugendbewegung“. Der Redner erklärte in klaren Worten an Hand von Beispielen die unbedingte Notwendigkeit der geistigen Schulung aller Kollegen durch Unterrichtsabende, Vorträge und Lektüre. Zum Schluß wurde die Treue zu unserm Christlichen Metallarbeiterverband durch Absingen des Liedes „Christlich-deutsche Jugend“ bekundet. Gegen 9 Uhr dankte der Vorsitzende allen Kollegen nochmals herzlichst und mahnte zur weiteren Mitarbeit.

Nik. Neuber

Düsseldorf. Zu der am 2. Januar abgehaltenen Jahresgeneralversammlung hatten sich die Kollegen zahlreich eingefunden. Der erste Vorsitzende Kollege **Willi Buchholz** eröffnete die Versammlung und entbot der Versammlung zum erfolgten Jahreswechsel die besten Wünsche. In kurzen Sätzen zeichnete er der Versammlung die Wege, welche im Jahre 1929 von der Jugend gegangen seien und brachte zum Ausdruck, daß die geleistete Arbeit nicht vergebens gewesen sei. Der gewerkschaftliche Erfolg des Jahres 1929 soll uns Ansporn sein zu neuer, mutiger, erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit im Jahre 1930. Der Jugendleiter **G. Borgards** führte in seinem Tätigkeitsbericht aus, daß uns das Jahr 1929 insgesamt 243 Neuaufnahmen in den Jugendklassen gebracht habe, wovon rund 150 Mitglieder erhalten blieben. Unter den 93 nicht gehaltenen Mitgliedern befanden sich zur Mehrzahl Kollegen welche zufolge Arbeitslosigkeit von Düsseldorf abreisten. In den für die Jugendabteilung getätigten Neuaufnahmen waren die Mitglieder der Jugendabteilung bis zu 60% beteiligt, außerdem wurde eine Anzahl Aufnahmen für die erste bzw. zweite Beitragsklasse von den Mitgliedern der Jugendabteilung getätigt. In einer Anzahl von Fällen wurde Lehrlingen sowie Hilfsarbeitern eine geeignete Lehr- bzw. Arbeitsstelle beschafft. Abgesehen von den Fällen, wo kleinere Differenzen im Arbeitsverhältnis durch telephonische Verständigung beigelegt werden konnten, hatten wir 21 Streitfälle ernsterer Art zu vertreten; davon wurden 5 am Arbeitsgericht zu unseren Gunsten entschieden. In 12 Fällen erfolgte eine Einigung, wobei der Kollege jedesmal seine Arbeitsstelle bzw. Lehrstelle behielt. In 2 Fällen entschied das Arbeitsgericht zu unsern Ungunsten; in 2 weiteren Fällen mußten wir durch besondere Umstände unsere Bemühungen einstellen. Außer der Tätigkeit auf arbeitsrechtlichem Gebiet wurde manchem jungen Kollegen auf dem Gebiete des Rechtsschutzes sowie durch Vertretungen am Oberversicherungsamt wertvoller Dienst geleistet. An dem vom Bezirkskartell veranstalteten Jugendführerkursus und den monatlich stattfindenden Bildungsabenden nahmen wir regen Anteil. Außerdem wurden von uns vier Kurse und Freizeiten veranstaltet und zwar im Februar 1929 ein achtwöchiger Lehrlingskursus an zwei Abenden in der Woche mit einer Durchschnittsteilnehmerzahl von 12 Lehrlingen. Im Monat März fand ein Jugendführerkursus in Köln statt, an welchem 16 Kollegen teilnahmen. Der Monat Mai brachte uns einen Arbeitsrechtskursus mit 10 Teilnehmern. Dann fand im Monat Oktober ein mehrtägiger Führerkursus in Königswinter statt, an welchem 5 Kollegen teilnahmen. An dem Reichsjugendtreffen des Gesamtverbandes in Köln am 10. und 11. August nahmen von der Ortsverwaltung 135 Kollegen teil. Der Eindruck, welcher von diesem Jugendtreffen mit nach Hause genommen wurde, hat manchen jungen Kollegen zur regen Mitarbeit im Gewerkschaftsleben angeregt. Vor dem Reichsjugendtreffen im August begaben wir uns am 20. Juli zu einer Wochenendfahrt nach Strahlen zum „Jugendheim Duisburg“. Die im Jugendheim verlebten Stunden sowie die überaus freundliche Aufnahme sind bei den 20 Teilnehmern noch in lebendiger Erinnerung. Außerdem fand im Juli eine Besichtigung des Reichsmuseums statt, dessen Besuch wir allen Metallarbeitern in der näheren Umgebung Düsseldorfs empfehlen können. Aus der Reihe der Vorträge, welche im Laufe des Jahres gehalten wurden, seien folgende drei besonders erwähnt. „Vätererbe und Jugendpflicht“ Kollege **Föcher** (Duisburg); „Dem Magnet zum Motor“ Kollege **Prohöhl** (Duisburg); „Reise- und Wandererlebnisse“, Herr **Zimmermann** (Düsseldorf). Gleichfalls seien den Filmvorführungen drei Filme entnommen. 1. „Die Fahrt ins Schlaraffenland“. 2. „Die Ruhrkohle“. 3. „Der Dampfer Bremen“. — Nach diesem Bericht wurde die Vorstandswahl getätigt. Zum ersten Vorsitzenden wurde der Kollege **Buchholz** einstimmig wiedergewählt. Kurz wurde im Anschluß an die Neuwahl noch mancher Wunsch und manche Beschwerde aus dem Arbeitsverhältnis vorgebracht. Die Versammlung fand Punkt 10 Uhr ihren Abschluß und hinterließ bei allen Teilnehmern den besten Eindruck und den Willen, auch 1930 tüchtig zu schaffen.

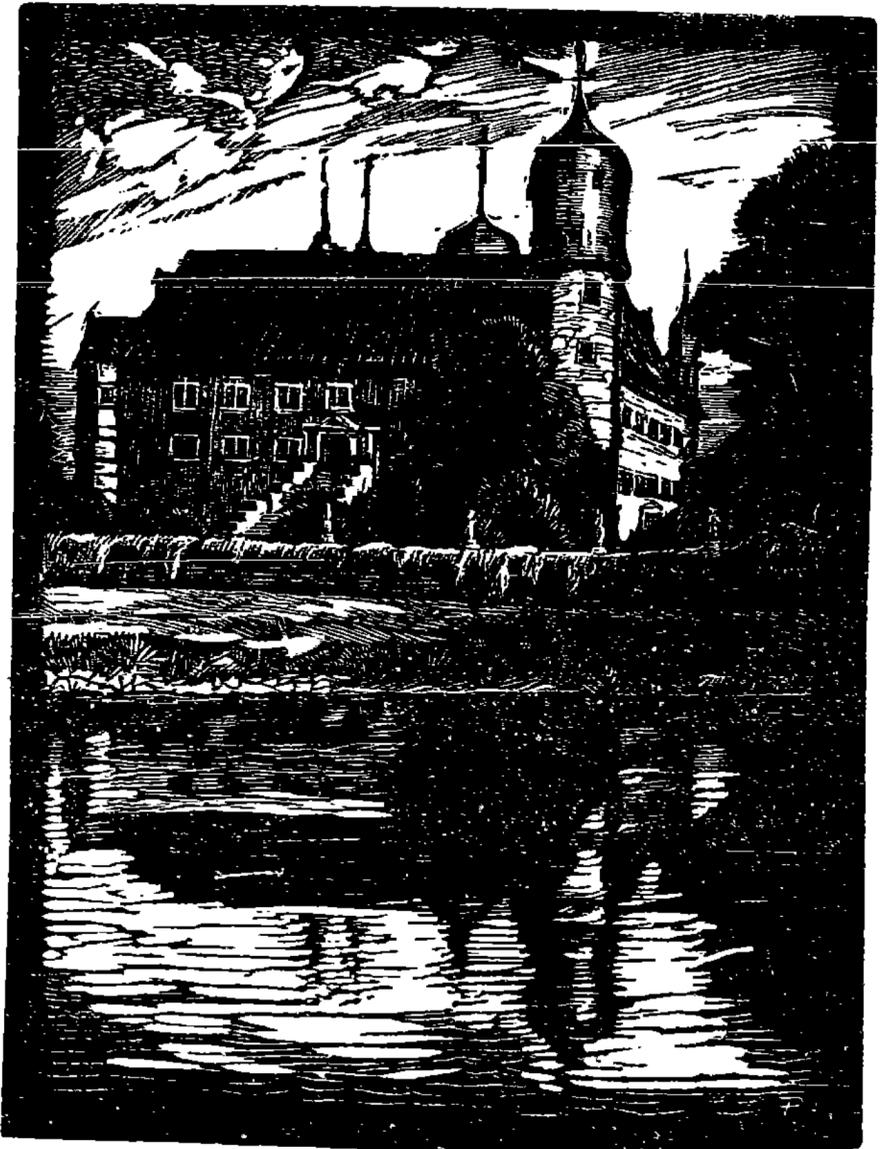
errang sich unsere Gruppe den Wimpel der Verbandsleitung, welcher bei der Feier des dreißigjährigen Bestehens der Sektion Hilden von unserm Verbandsjugendleiter Kollegen **Föcher** die Weihe erhielt. Auch erinnerte der Kollege **Köhr** an den Reichsjugendtag und an den Treuschwur der Jugend. Dann schilderte er die Notwendigkeit der Schulung und wies noch auf den augenblicklich laufenden Kursus hin. Die nachfolgende Wahl ergab folgenden Vorstand: 1. Vorsitzender: **Jakob Escher**; 2. Vorsitzender: **Karl Krieger**; 1. Schriftführer: **Detlev Dehmel**; 2. Schriftführer: **Edmund von Kempen**; Beisitzer: **Heinrich Pompe**, **Ernst Giesen**, **Fritz Kraß**. Mit dem Versprechen, auch in diesem Jahre zu arbeiten und zu werben, fand die Generalversammlung ihren Abschluß.

Dehmel.

Sindenburg (OS.). Die vor einigen Tagen abgehaltene Generalversammlung der Jugendgruppe Sindenburg des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands hatte einen außerordentlich guten Besuch aufzuweisen. Es wurde über die im vergangenen Jahre geleistete Arbeit vom Schriftführer **Buchwald** Bericht erstattet. Daraus ging hervor, daß neben den üblichen Unterhaltungsabenden den Wanderungen und Werksbesichtigungen vor allem die gewerkschaftlichen Versammlungen reges Interesse gefunden haben. Die Mitgliedschaft ist von Monat zu Monat stärker geworden, und es besteht Aussicht, daß in gleicher Weise auch für die Zukunft weitere Fortschritte zu erwarten sind, wenn, wie bisher, mit Eifer und Ausdauer unter der christlichen Jungmetallarbeiter-Schaft Sindenburgs für die Idee des Verbandes neue Anhänger gewonnen werden. Betriebsratsvorsitzender **Domogalla** machte im weiteren Verlauf der Versammlung ausschlupfreiche Ausführungen über die Arbeitslosenfürsorge für die Jugend. Die Vorstandswahl wurde mit großer Einnütigkeit getätigt. Als Jugendobmann wurde **Paul Skoda**, als Stellvertreter **Erich Skawran**, zum ersten Schriftführer **Paul Strzelczyk**, zum zweiten Schriftführer **Karl Gab** gewählt. Als Vertrauensmänner gingen die Kollegen **Roske**, **Pajonk**, **Ruffin**, **Kolewaska** als Wanderwart Kollege **Woditsch**, als Spielwart Kollege **Roske** aus der Wahl hervor. Anschriften sind zu richten in allgemeinen Fragen an die Verbandsgeschäftsstelle Sindenburg, Kronprinzenstraße 287, in besonderen, nur die Jugendgruppe betreffenden Angelegenheiten an **Paul Skoda**, Sindenburg, Teschnerstraße 18.

W. S.

Kiel. Am 19. Februar hielt unsere Jugendgruppe im Verbandsbüro, Wall 22a, eine gutbesuchte Versammlung ab. Unser Geschäftsführer Kollege **Kolte** eröffnete dieselbe und schilderte in trefflichen Worten den Zweck der Jugendgruppe. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und noch kleinen Änderungen genehmigt wurde,



Dehmen (Wejer)

Fritz Köhrs

Süden. Am 2. Februar fand unsere Generalversammlung im Katholischen Gesellenhause statt. Der Jugendvorsitzende Kollege **Escher** eröffnete sie und begrüßte die Erschienenen. Der Kollege **Köhr** gab nun den Bericht über das verflochtene Jahr, das für unsere Jugendarbeit erfreulichen Fortschritt brachte. Zunächst wurden die vorhandenen Jugendlichen zu erfolgreicher Arbeit enger zusammengeschlossen. Dies geschah hauptsächlich durch regelmäßige Schulungsabende. Dadurch den Wert und die Notwendigkeit der Gewerkschaftsarbeit tiefer erfassend, war man bald bestrebt, dies in selbstbewusster Werbearbeit zu beweisen. Die Mitgliederzahl unserer Gruppe erhöhte sich um 76. Dank dieses Werbeerfolges

schrift man zur Vorstandswahl. Sie hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Johannes Hallmann, 2. Vorsitzender Alfred Kündelien, 1. Schriftführer: Erich Grothe, 2. Schriftführer Adolf Hartloff. Als Beisitzer wurden die Kollegen Wachsmann, Drehtat, Draeger und Montag gewählt.

Nach der Wahl sprach Kollege Kolte noch einige ernste Worte an die neugewählten Vorstandsmitglieder ermahnte sie treu und fleißig im Sinne der Jugendgruppe zu arbeiten und übergab daraufhin dem 1. Vorsitzenden Kollegen Johannes Hallmann die weitere Geschäftsführung.

Durch das Entgegenkommen der hiesigen Ortsverwaltung ist uns die Möglichkeit gegeben, eine Mandollengruppe zu gründen. Einzelheiten für die Gründung sollen in der nächsten Vorstandssitzung näher besprochen werden.

Darauf hielt Kollege Wagner einen kurzen Vortrag. Er führte u. a. aus, daß jeder junge Kollege bestrebt sein müsse, an der Hebung seines Standes mitzuarbeiten. Kollege Kolte unterstützte die Worte des Redners.

Die Bastelarbeiten sollen bis zum Herbst zurückgestellt werden. „In 21 Tagen um den Erdball“ betitelt sich der Lichtbildervortrag, den Kollege Wagner dann vorführte. Der Redner schilderte in fesselnder Weise die Fahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ um den Erdball. Die Kollegen folgten mit Spannung und Aufmerksamkeit.

Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde eine Besichtigung des Brandschutzmuseums am 9. März vorgeschlagen. Zur Teilnahme an der Besichtigung meldeten sich 14 Jugendliche. Die nächste Zusammenkunft soll am 5. März stattfinden, in welcher Näheres über die Besichtigung bekanntgegeben wird. Die Vorstandsmitglieder wurden zu einer Sitzung am 26. Februar, abends 7 Uhr, in das Verbandsbüro eingeladen.

Nachdem Kollege Kolte allen Anwesenden ans Herz gelegt hatte, in Zukunft mehr als bisher den Pflichten gegenüber dem Verbandsnachkommen, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

E. Grothe.

Saiver. Am 18. Januar 1930 wurde die Jugendgruppe in Halver gegründet. Punkt 6.15 Uhr begann die Versammlung. Es wurde zuerst das Lied gesungen „Wann wir schreiten Seit' an Seite“. Dann gab der Vorsitzende der Ortsgruppe Kollege Doh ein paar einleitende Worte. Kollege Kropp aus Lüdenscheid trug ein Gedicht vor. Hierauf nahm Kollege Doh wieder das Wort. Er schilderte uns die Aufgaben, deren Erfüllung sich die Jugend zum Ziel gesteckt hat. Darauf hielt Kollege Kropp eine kleine Ansprache. Der Hauptgedanke seiner Rede war die Entfaltung und Weiterbildung des Verbandes. Dann fand die Vorstandswahl statt, die folgendes Resultat zeitigte: Ludwig Riefmann, Jugendführer, Otto Schulte, Schriftführer, Erich Höller und Julius Haase Beisitzer. Der Vorsitzende wird der Jugendgruppe von der Ortsgruppe beigegeben und von dieser gewählt, da er ein älterer Jugendfreund sein soll. Sitz und Stimme im Ortsgruppenvorstand erhält jedoch der von der Jugendgruppe gewählte Jugendführer. Der Vorsitzende soll nur Lehrer und Berater sein. — Auch humorvolle Sachen kamen zum Vortrag. Danach legte man der Jugend noch besonders ans Herz, zu arbeiten und zu helfen am Fortkommen und Blühen des Verbandes. Punkt 8 Uhr war die Versammlung geschlossen. Ein jeder ging frohbewegten Herzens nach Hause.

(Eine Reihe von Berichten mußte wegen Raummangels zurückgestellt werden.)

Briefkasten

Erich D., Karl D. und wandernde Jungmänner aus G. Ich danke Euch für den hübschen Kartengruß. Ich hätte schon mit Euch wandern mögen und mit Euch aus Herzensgrund gesungen: Wenn der Morgen graut und der Nebel fliegt und der Schlampe noch in den Federn liegt, da ziehen wir singend und leig hinein in das weite Land, in den Sonnenschein! Ein Jugendbrief, der alles Wissenswerte über das Jugendwandern bringen wird, befindet sich in Vorbereitung, er wird auch Deine bzw. Eure Fragen und Anregungen beachten. Gruß und Handschlag — Karl J. in W. Nur der kann Führer sein, der sich wirklich dazu berufen fühlt! Beachte aber immer, daß Deine Mitwelt nicht Großmütigkeit von Dir verlangt und fordert, sondern sie wünscht von Dir in allen Dingen Gerechtigkeit. Und dann beachte: Einer kann ohne den andern nicht leben! — Peter S. in G. Ei, sieh doch den Schlaumeier an! Aber ich kann Dir diesmal nicht den Gefallen tun, da ich mich nicht in Familienverhältnisse einmischen kann. Ich denke nun weißt Du es ganz genau!! Bitte Deinen lieben Vater; er wird Dir sicherlich gern den Gefallen tun und Deinen Wunsch erfüllen. — Heinrich S. in D. Heil den fröhlichen Schwimmern! Ihr treibt den gesündesten und willigsten Sport. Herzlichen Dank für die freundliche Einladung zum Wertschwimmen, aber zuvor beantwortet mir die Frage: Wieviel gebt Ihr mir vor? Gut Raß — macht das Spaß! — Otto M. in S. Habe mich sehr gefreut, Dein Wig war gut — schon die alten Germanen mußten über ihn lachen. Aber im „Hammer“ kann ich doch keine „ollen Kamellen“ bringen. Otto sagt: „Mehr zum Lachen!“; Peterle aber meint: „Weniger!“ Da soll es einer nun recht machen. — Johann Sp. in W. Daß Ihr Euch nicht den Kopf verfehlen lassen wollt, darüber freue ich mich. Die Zeiten sind hart. Darum heißt es, die Zähne zusammenbeißen. Mehr als je müssen die christlichen Jungmänner im Daseinskampf zusammenstehen.

Handschlag and Gruß

Meister Hämmerlein, Duisburg, Stapeltor 17.

Gegen Grillen

Für fluge Redner

1. Drei Heuhaufen und sieben Heuhaufen werden zusammengefahren. Wieviel Heuhaufen gibt das!
2. Schreibe: 11 Tausend, 11 Hundert und 11!
3. Eine Schnecke kriecht an einer Brunnenwand jeden Tag 5 Meter hoch und gleitet des Nachts wieder 3 Meter hinab. Der Brunnen ist 9 Meter tief. Nach wieviel Tagen kommt sie aus dem Brunnen heraus!
4. Sechst $\frac{2}{5} + \frac{5}{6}$ ist $\frac{11}{30}$ oder sind $\frac{11}{30}$!

Kirchener Rechenkunst

Ob sie in Kirchen (Sieg) erfunden wurde, weiß ich nicht. Ich habe sie da gelernt und möchte euch allen meine Kunst nicht vorenthalten. Also habt acht!

$$\begin{aligned} 71 + 62 + 44 + 53 &= 5 \\ 84 + 75 + 39 + 66 &= 3 \\ 67 + 85 + 94 + 76 &= 7 \end{aligned}$$

Seht, da staunt ihr! Ob ihr die Lösung wohl findet!

Sauerkraut-Latein

Auflösung aus Nummer 4.

Klein Frigchen hat die Wörter falsch zusammengesetzt bzw. getrennt. Das Verschen heißt:

Als ich saß an meinem Schiefensterchen,
Kam des Nachbars Urenkelchen
Und zupfte mich am Semdärmelchen
Und sagte: O sterben
Ohne-Glauben
Ist der Menschen Verderben.

Schriftleitung für den Hammer: M. Föcher.

Bekanntmachung

Sonntag, den 9. März, ist der 11. Wochenbeitrag fällig.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter. Hauptteil:

Hauptprobleme der Schlichtung (Prof. Dr. Joerges, Halle), S. 145. Kritisches zur Lohnerhebung in der Metallindustrie (S. Kreil), S. 146. Das Schlichtungswesen im Jahre 1928 (Bfl.), S. 147. Drei viertel Millionen Reichsmark Barerfolg (Pelster), S. 148. Zwei weitere Stahlbilanzen (Pelster), S. 149.

Umschau:

Wilhelm Gutsche †, S. 150. Geschäftsabschlüsse in der Elektroindustrie (S. P.), S. 150. Was Aufsichtsräte verdienen (S. P.), S. 150. Kriegsoferversorgung und Haushaltsberatung, S. 150.

Verbandsgebiet:

Blankenburg-Harz (R. T.), S. 151. Braunschweig (S.), S. 151. Dillingen-Saar (J.), S. 151.

Wirtschaftszahlen:

Dividenden, S. 152. Konkurse, S. 152. Roheisen-, Stahl- und Walzwerkproduktion, S. 152. Berichtigung, S. 152. Die Ermäßigungen der Diskontsätze in diesem Jahre, S. 152. Deutscher Großhandelsindex, S. 152. Der deutsche Außenhandel, S. 152. Der Lebenshaltungsindex, S. 152.

Unterhaltung:

Harte Zeiten (Charles Dickens), S. 151. Etwas von den „Zünftigen“, Seite 155.

Arbeitsrecht — Sozialversicherung:

Deutschland und die deutsche Sozialpolitik, S. 153. Die gesetzliche Krankenunterstützungsdauer (Meistre), S. 154.

Der Hammer:

Gewerkschaftliche Jugendarbeit und Elternpflicht (M. S.), S. 157. „Wann wir schreiten Seit' an Seite“ (S. D.), S. 158. Radioneuheiten auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1930, S. 158. Mitten dazwischen, S. 158. Buchbesprechung, S. 158. Unterhaltung: Das Gold der Ostsee, S. 158. Jugendstimmen: Dillingen (Hil. Neubert); Düsseldorf; Hilden (Wehm); Sindenburg-O.S. (W. S.); Kiel (E. Grothe), S. 159. Saarbrücken (W. S.), S. 160. Briefkasten, S. 160. Gegen Grillen: Für fluge Redner; Sauerkraut-Latein, S. 160.

Bekanntmachung:

Seite 160.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapeltor 17. — Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg.